





Stadt Offenburg  
Gleichstellungsbeauftragte

Redaktion: Regina Geppert, Ulrike Reißfelder  
Mit Beiträgen von Ruth Jansen-Degott,  
Anne Junk, Conny Roth, Doris Schmitz-Braunstein  
und Anna GÜthler.

Layout: Ursula Böhm

Druck: Huber Druck Offenburg

© 2010

## INHALT



- 2 Einführung
- 8 Wie sehen Sie das, Frau/Herr ...?
- 13 „Wie eine Schnecke auf Glatteis“  
Der mühsame Weg der Gleichberechtigung in Deutschland  
Und wie war das in Offenburg?
- 19 Die Gleichstellungskommission  
Ein kostengünstiges Feigenblatt
- 26 Der Stammtisch für politisch interessierte Frauen  
Wichtiger Impulsgeber und eine Institution in Offenburg
- 31 Eine Gleichstellungsbeauftragte für Offenburg  
Aufgaben, Hauptziele, Projekte und aktuelle Ereignisse im ersten Jahr
- 36 Wer, wie, was ...
- 40 Wie sehen die nächsten 20 Jahre in Offenburg kommunalpolitisch aus ?
- 44 Von neuen Ansätzen in der Geschlechterdebatte oder  
der Notwendigkeit einer Gleichstellungsstelle



- Zahlen, Daten, Fakten Seite
- 12 Positionen von Frauen in der Stadtverwaltung Offenburg
- 17 Info Frauengeschichtswerkstatt Offenburg
- 25 Frauen im Offenburger Gemeinderat
- 30 Publikationen Frauengeschichtswerkstatt
- 43 Einwohnerstatistik der Stadt Offenburg
- 46 Kinder- und familienfreundliches Offenburg – eine Erfolgsgeschichte
- 50 Frauenanteil in der Stadtverwaltung Offenburg



## AUF DEM WEG ZUR GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN Was Gleichstellungsarbeit für mich bedeutet

20 Jahre – geschichtlich betrachtet ist das kein allzu langer Zeitraum. Unter dem Blickwinkel Gleichstellung ist jedoch in Offenburg während der letzten zwei Jahrzehnte und einigen Jahren davor so viel geschehen, dass sich eine nähere Betrachtung lohnt. Denn bevor die erste Gleichstellungsbeauftragte am 1. September 1990 ihre Stelle antreten konnte, das war Dr. Gisela Danz, mussten die Offenburgerinnen hartnäckig kämpfen. Am 1. Februar 2001 trat ich ihre Nachfolge an. Inzwischen ist die Gleichstellungsstelle in Offenburg 20 Jahre alt. Die Etappen auf dem Weg dahin bis heute dokumentiert diese Broschüre. Und natürlich nehmen wir auch die nächsten 20 Jahre in den Blick.

### Gesetzlicher Auftrag

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. – Diesen Grundgesetzartikel 3, Absatz 2 zu realisieren, nicht nur de jure, sondern auch de facto, gilt mein Engagement.“ So stellte ich mich 2001 dem Offenburger Gemeinderat vor. Nach wie vor ist dieser Grundgesetzartikel die Basis meiner Arbeit. Die Ergänzung von 1994 „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ konkretisiert Aufgabe und Anspruch.

Seit Oktober 2005 beziehe ich mich in der Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte zusätzlich auf das Chancengleichheitsgesetz des Landes Baden-Württemberg. In Paragraph 23 ist als Aufgabe der Gemeinden und der Landkreise festgeschrieben:

*(1) Die Verwirklichung des Verfassungsgebots der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist auch eine kommunale Aufgabe. Die Gemeinden und die Landkreise stellen durch geeignete Maßnahmen sicher, dass Aufgaben der Frauenförderung wahrgenommen werden und Chancengleichheit als durchgängiges Leitprinzip in allen kommunalen Aufgabenbereichen berücksichtigt sowie inhaltlich und fachlich begleitet wird.*

*(2) Die Stadt- und Landkreise benennen eine Person oder eine Organisationseinheit, die Aufgaben der fachlichen und inhaltlichen Begleitung wahrnimmt.*

Zudem werden Gemeinden mit mehr als 8000 Einwohnern sowie Stadt- und Landkreise in Paragraph 24, Absatz 1 verpflichtet, Chancengleichheitspläne zu erstellen.

Für Offenburg kommt als weitere Rahmenbedingung die Dienstanweisung zur Förderung der beruflichen Gleichstellung der weiblichen Beschäftigten sowie zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle Beschäftigten hinzu. Sie wurde im Dezember 1997 in der Stadtverwaltung Offen-burg verabschiedet. In ihr verpflichtet sich die Verwaltung, die Forderungen nach Gleichberechtigung und Gleichstellung zu erfüllen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aktiv zu fördern und die gleichberechtigte Beschäftigung von Frauen und Männern in allen Arbeitsfeldern zu erreichen. Frauenförderung wurde Bestandteil des Leitbilds und damit der Unternehmenskultur der Stadtverwaltung Offenburg.

Noch sind nicht alle Ziele aus den gegebenen gesetzlichen und kommunalen Aufträgen erreicht. Als nächste Aufgabe steht für die Stadt Offenburg die Weiterentwicklung der Dienstanweisung zum Chancengleichheitsplan an. Ein weiterer Schritt, um den Anspruch der Geschlechtergerechtigkeit zu verwirklichen, und ein Projekt, das die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Fachdisziplinen erfordert. Denn mit allen Verwaltungsbereichen sollen Gleichstellungsziele für Offenburg formuliert, Maßnahmen entwickelt und zur Umsetzung vorgeschlagen werden, die sowohl die Frauenförderung wie auch die Chancengleichheit als durchgängiges Leitprinzip integrieren. In diesem Prozess bin ich als Anschlag- und Impulsgeberin genauso gefragt wie als Expertin in Sachen Gleichstellung.

### Grundlagen der Gleichstellungsarbeit

Zentraler Punkt meiner Arbeit ist das Aufzeigen und Abbauen bestehender Ungleichheiten. Wie aber herausfinden, welche Formen es gibt, wie und wodurch sie hergestellt werden? Genderanalysen sind Grundlage für die Beantwortung. Um Daten fundiert erheben oder vergleichen zu können, braucht es zum einen sensibles Werkzeug, zum anderen müssen wir uns bei der Erhebung auf Netzwerke stützen; auf europäische wie nationale, landesweite und kommunale. Darüber hinaus muss durch Seminare Genderkompetenz in der gesamten Verwaltung entwickelt werden, ein Blick dafür, wo Geschlechterungerechtigkeit besteht oder angelegt ist – offen oder verdeckt.

Mit dem ersten „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland“, 2009 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegeben, stehen jetzt interessante Daten zur Verfügung. Bundesweit erfasste Indikatoren ermöglichen den regionalen Akteurinnen und Akteuren im Vergleich, Handlungsschwerpunkte vor Ort zu setzen und eindeutige Defizite anzugehen. Allerdings hat sich auch gezeigt, dass eine Reihe von Indikatoren nicht ausgewiesen werden kann, weil statistische Erhebungen dafür fehlen bzw. der Geschlechteraspekt beim Erfassen nicht berücksichtigt wurde.

Diese nach wie vor große Datenlücke erschwert die Gleichstellungsarbeit. Auch in Offenburg besteht noch Nachholbedarf bei der gendersensiblen, systematischen Datenerhebung und Auswertung. Das neue städtische Personalinformationssystem, 2010 eingeführt, bietet hier jedoch technisch mehr Spielraum. Entsprechend gepflegt und angewendet, erlaubt es tieferen Einblick in evtl. bestehende Nachteile und liefert die ungemein wichtige statistische Basis für nötige Veränderungen.

#### Nachholbedarf in Baden-Württemberg

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau wird durch europäische Vorgaben forciert. Im Vergleich zu anderen Ländern hat Deutschland einiges aufzuholen. In kaum einem EU-Land ist zum Beispiel das Lohngefälle so groß: Frauen verdienen bei uns durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer.\*

Betrachten wir Baden-Württemberg in Bezug auf Gesamtdeutschland, wird offensichtlich, wie groß der Handlungsbedarf auf Landes- und kommunaler Ebene ist. Baden-Württemberg rangiert bei vielen Indikatoren im oben genannten „Atlas zur Gleichstellung“ auf den letzten Plätzen. Etwa im Feld „Partizipation“, Datenbasis 2008: Frauenanteil bei den Mandaten in den Landesparlamenten, in den kommunalen Vertretungen sowie Frauenanteil in Führungspositionen in Verwaltungsbehörden und Hochschulen. Oder im Feld „Arbeit und Einkommen“: Hier korrespondiert die geringe Erwerbsquote von Müttern, deren jüngstes Kind noch keine drei Jahre ist, mit fehlenden Kinderbetreuungsplätzen.

\* 23 Prozent weniger: Kann das sein? Verdient eine Frau bei uns tatsächlich fast ein Viertel weniger als ein Mann in vergleichbarem Alter und vergleichbarer Tätigkeit? Es stimmt! Zwar nicht in jedem Einzelfall, aber durchschnittlich, aufs Ganze berechnet, kommen wir auf diesen beschämenden Wert. Mehr Infos dazu im Internet unter [www.equal-pay-day.com](http://www.equal-pay-day.com)

In der Lebenserwartung sind die Frauen in Baden-Württemberg allerdings an der Spitze. Doch da stellt sich sofort die Frage: Wovon leben sie, wie bestreiten sie dieses lange Leben, wenn sie die eigene Existenz nicht selbstständig sichern können?

Im Bericht wird hervorgehoben, dass insbesondere im Feld „Gewalt gegen Frauen“ bzw. häusliche Gewalt – einem der Haupt- und ersten Bereiche von Frauen- und Gleichstellungsarbeit! – keine aussagefähigen Daten für ganz Deutschland vorliegen. Hier will die Europäische Union aktiv werden und Indikatoren entwickeln, mit denen das Ausmaß von „Gewalt gegen Frauen“ abgebildet werden kann. An diesem Beispiel sieht man deutlich, wie die Ebenen Europa, Deutschland, Bundesländer und Kommunen ineinandergreifen und die Gleichstellungsarbeit beeinflussen.

### Kontinuierliche Netzwerkarbeit

Gleichstellungsarbeit ist Netzwerkarbeit. Anders kann sie die verwobene gesellschaftliche Realität nicht erfassen und ihre Aufgaben nicht nachhaltig erfüllen. An Praxisbeispielen wird dies immer wieder deutlich – sei es die Berufsorientierung von Mädchen und Jungen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauen in Führungspositionen, geschlechtergerechte Stadtplanung, Gewalt gegen Frauen oder das Thema Frauen und Armut. Wichtig sind Bündnispartnerschaften und Kooperationen auf allen Ebenen, gremienübergreifende Gespräche, konzertierte Aktionen und ein hoher Grad an Vernetzung, weil Gleichstellungsfragen nie nur punktuell gelöst werden können, sondern die ganze gesellschaftliche Breite in alle Verästelungen hinein verlangen.

Ein aktueller Arbeitseinblick mag das veranschaulichen: Der Offenburger Stadtteil Nord-West nimmt am Bund-Land-Sanierungsprogramm „Soziale Stadt“ teil und erhält daraus Mittel für die Stadtteilentwicklung. Ziel: Nachteile abbauen, die sich aus hohem Migrationsanteil bei der Bevölkerung, Armut und sanierungsbedürftigem Wohn- und Lebensraum ergeben. Als Gleichstellungsbeauftragte bin ich mit Bürger- und Vertreter/-innen der sozialen Institutionen vor Ort im Begleitausschuss des Projekts. Während ihres zweimonatigen Praktikums erkundete ich mit Anna Güthler diesen Stadtteil. Wir wollten wissen, was im Sanierungsgebiet bereits geschehen ist, wie Bewohnerinnen an diesem Veränderungsprozess beteiligt sind und welche Erkenntnisse aus Forschung und Praxis für eine frauengerechte Stadtplanung vorliegen. Die Soziologie- und Gender-Studentin erstellte danach einen Fragebogen, um herauszufinden, welche weiteren Maßnahmen wichtig sind, um die Situation

der Frauen in diesem Stadtteil zu verbessern und ihre gesellschaftliche Beteiligung zu erleichtern. Derzeit sind drei Interviewerinnen mit diesem Fragebogen in der Nord-West-Stadt unterwegs. Die Ergebnisse der Befragung liegen im Lauf des Herbstes vor und fließen in die Planung weiterer Projekte im Stadtteil ein.

Gleichstellungsarbeit zielt auf die Veränderung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen und Männern, dieser gesellschaftliche Wandel ist für beide förderlich. Im Einzelnen geht es um die Herstellung von Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, den Auf- und Ausbau der notwendigen Rahmenbedingungen und damit um aktive Frauenpolitik als Bestandteil kommunalen Handelns. Für diese Arbeit ist ein tragfähiges Netzwerk auf vielen Ebenen erforderlich. Auf Stadtebene, im Landkreis, in Land und Bund sowie in Europa. Selbst die globale Verflechtung darf nicht außer Acht bleiben – jede Masche im Netz, jeder Knoten zählt! Je feinmaschiger dieses Netzwerk ist, desto aussichtsreicher wird die Gleichstellungsarbeit, auch vor Ort in Offenburg.

#### Auf dem Weg, aber noch lange nicht am Ziel

„Was braucht eine Gleichstellungsbeauftragte für diese Arbeit?“, werde ich immer wieder gefragt. Ganz sicher die Fähigkeit des vernetzten Denkens und Handelns, ein offenes Ohr für die Belange der Frauen, eine durchdringende Stimme, große Augen und einen wachen Verstand, um zu erkennen, wo Handeln angesagt ist und Verbündete für die Arbeit sind, Fachkompetenz, durchaus auch Begeisterungsfähigkeit, Hartnäckigkeit und nicht zuletzt einen langen Atem.

Das fällt mir auf Anhieb zu dieser Frage ein. Eigenschaften und Fähigkeiten, die hilfreich sind, um das Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes zu verwirklichen – natürlich nicht im Alleingang, sondern im Verbund mit der Verwaltungsspitze und dem Gemeinderat, mit vielen Kolleginnen und Kollegen, mit Partnerinnen und Partnern in Institutionen, Organisationen und Netzwerken, in Politik und Gesellschaft.

Allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, allen Weggefährtinnen und Weggefährten auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen möchte ich an dieser Stelle von Herzen danken! Ihr Engagement und ihre Unterstützung haben viel ermöglicht und sind auch zukünftig maßgeblich für die Kontinuität und den Erfolg der Gleichstellungsarbeit in Offenburg.

In diesen Dank schließe ich insbesondere die Frauen der Frauengeschichtswerkstatt sowie Anna Güthler ein und alle, die an dieser Broschüre mitgearbeitet haben. Durch ihre Beiträge wird sie zur wahren Informationsquelle und richtig interessant.

Mein Fazit mit dem Blick auf die letzten 20 Jahre: In Offenburg sind wir gut auf dem Weg, aber noch lange nicht am Ziel „Geschlechtergerechtigkeit“!

Meine Wünsche für die nächsten 20 Jahre:

Die Überwindung häuslicher Gewalt bzw. jeder Gewalt in Beziehungen durch Etablierung eines tragfähigen Hilfesystems für Opfer, überwiegend Frauen und Kinder, und soziale Trainingsmaßnahmen für Täter; existenzsichernde Arbeit für alle und familienfreundliche Arbeits- und Lebensbedingungen; gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Arbeit, Politik und Gesellschaft – inklusive Führungsaufgaben in jedem Bereich; ein partnerschaftliches und akzeptierendes Miteinander auf allen Ebenen; die Überwindung von Rollenklischees, u. a. in der Berufswahl.

In 20 Jahren sind sexistische Phänomene in Werbung und Gesellschaft schon lange vorbei. Ebenso wie Zwangsheirat, Zwangsprostitution und Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit angehören. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Männer und Frauen sind gleichberechtigt – de facto, ohne Wenn und Aber.

Da liegt noch eine Menge Arbeit vor uns.

In den nächsten 20 Jahren und darüber hinaus.

Gehen wir sie gemeinsam an!

Herzlichst Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Regina Geppert' with a stylized flourish at the end.

Regina Geppert

Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Offenburg

WIE SEHEN SIE DAS, FRAU/HERR ...?

„Die Gleichstellungsstelle in Offenburg besteht im September 20 Jahre. Was hat sie aus Ihrer persönlichen und professionellen Sicht in unserer Stadt verändert? Und welche Aufgaben sehen Sie bei dieser Arbeit zukünftig als dringlich an?“

Zum einen gesetzlicher Auftrag, zum anderen eine Arbeit für und mit Menschen: Die aktive Förderung von Gleichstellung hat vielfältige Auswirkungen auf das tägliche Leben – bei Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt oder Menschen, die die Arbeit nach Offenburg führt, wie bei Amtspersonen und politischen Vertreter/-innen. Auf unsere Frage hin bekamen wir interessante Antworten ...

Herzlichen Dank für Ihre Beiträge!

## EDITH SCHREINER Oberbürgermeisterin der Stadt Offenburg

Frauen, die interessiert aktiv sind, sind heute gut vernetzt. Sie sind sichtbar im Leben der Stadt, ob sie nun politisch agieren oder im Sozialen etwas bewegen. Ich stelle zudem ein gutes Zusammenwirken, ein Networking aller Gruppierungen ohne Ressentiments fest. Auch nimmt der Anteil an Frauen in Führungspositionen langsam, aber stetig zu.

Als dringlich und wichtig sehe ich die Sensibilisierung beider Geschlechter für nicht typische Berufe an. Darüber hinaus muss man junge Leute motivieren, sich für Gleichstellung in der Gesellschaft stark zu machen – dies ist noch keine Selbstverständlichkeit. Ausbaufähig ist auch, dass Frauen Frauen etwas zutrauen, wenn diese sich für eine Aufgabe zur Wahl stellen.



Foto: Beege/Stadt Offenburg

## ADRIAN BRÄDLE Leiter des Polizeireviers Offenburg

Die Gleichstellungsstelle der Stadt Offenburg hat für mich einen Namen: Regina Geppert. Bei der Polizeiarbeit habe ich sie in erster Linie in der Außenwirkung wahrgenommen.

Regina Geppert leitet seit vielen Jahren die Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“, die hervorragende Arbeit in der kommunalen Kriminalprävention leistet. Zum Schutz der Frauen wurde ein Netzwerk geschaffen, in dem Vertreter verschiedener Institutionen an einem Tisch sitzen. Der kontinuierliche Rückgang der Platzverweise in Offenburg ist ein Indiz hierfür. Gerade die schutzwürdigen Belange der Frauen waren für die Gleichstellungsbeauftragte stets eine Herausforderung. Von ihr initiierte Stadtbegehungen zum Finden und Abbauen von Angsträumen sind ein gutes Beispiel.

Für die Stadt Offenburg gilt es, diesen erreichten Level zu erhalten und zu stabilisieren. Wir wünschen Regina Geppert, dass sie noch viele Jahre hierfür Garant sein wird.





**ANNA GÜTHLER** Studentin der Soziologie, Gender Studies und Wirtschaftspolitik

Bei der Arbeit für die Gleichstellungsstelle der Stadt Offenburg überzeugte mich deren Vermittlungsfunktion zwischen den unterschiedlichen städtischen Teilbereichen. Die Gleichstellungsstelle ist damit für mich ein zentrales Verbindungselement der Organisation der Stadt Offenburg im Sinne der Umsetzung sozialer Gerechtigkeit.

Zukünftig wünsche ich mir für die Stadt Offenburg, dass Geschlechtergerechtigkeit als Ziel städtepolitischer Arbeit im Sinne der bisherigen Errungenschaften weiterhin verfolgt und verfestigt wird, um so neuen Herausforderungen begegnen zu können.



**BÄRBEL HÖLTZEN-SCHOH** Vorsitzende der Geschäftsführung der Agenturen für Arbeit Offenburg und Freiburg

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Offenburg wirkt nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Sie ist gut vernetzt und das hilft, wenn es darum geht, die Chancengleichheit der Frauen auch im Beruf umzusetzen. Da ziehen wir an einem Strang, zahlreiche Projekte wie Bündnis Girls' Day oder Frauenwirtschaftstage zeigen das eindrucksvoll.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung noch mehr an Bedeutung gewinnen für Regionen und Betriebe. Gemeinsam gute Lösungen zu finden – gerade auch für kleine und mittelständische Betriebe, wird eine ganz wichtige Aufgabe sein.

**REINHARD MÄNNLE** Leiter des Büros der Oberbürgermeisterin

Offenburg hat mit der Einrichtung der Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten vor 20 Jahren einen mutigen und großen Schritt zur Verwirklichung der allgemeinen Gleichstellung von Frau und Mann getan. Die Gleichstellungsarbeit hat vieles in Bewegung gebracht, sowohl bei Frauen, aber insbesondere bei den Männern. Mit den Fragen von Vereinbarkeit von Familie und Arbeit, Benachteiligung von Frauen im Beruf und bei der Mitwirkung in der Personalarbeit und -planung nimmt die Gleichstellungsbeauftragte heute eine anerkannte Position in der Stadtverwaltung ein.

Verhaltensänderung ist eine Generationenaufgabe. Deshalb wird die Arbeit künftig darauf zu richten sein, dass das Verständnis für und von Gleichstellung in alle Gesellschaftsschichten getragen und so selbstverständliche Grundlage für ein gutes Zusammenleben sein wird.



**MONIKA SETZLER** Bereichsleiterin Produktmanagement  
IHK-Bildungszentrum Südlicher Oberrhein GmbH

Die Gleichstellungsstelle der Stadt Offenburg erlebe ich als professionelle Kooperationspartnerin und Motor bei der Organisation und Durchführung der Frauenwirtschaftstage in der Ortenau.

Nach 20 Jahren Frauenförderung hat sich viel bewegt, aber das klassische Rollenbild verändert sich nur zäh. Nach wie vor gilt es, Mädchen dazu zu ermutigen, sich mehr für zukunftssträchtige und gut dotierte Berufe zu entscheiden. Im Berufsalltag müssen Leistungen und Erfolge mit Selbstbewusstsein präsentiert und später adäquate Positionen und Vergütung eingefordert werden. Dazu ist ein unterstützendes Netzwerk von großer Bedeutung. Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiterhin ein gesellschaftspolitisches Thema sein. Bei der Aus- und Weiterbildung ist das IHK-Bildungszentrum vor Ort Ansprechpartner, um Bildungsangebote auf diese Anforderungen hin weiterzuentwickeln.



## ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

### Positionen von Frauen in der Stadtverwaltung Offenburg

Ende 1997 stellte die erste Offenburger Gleichstellungsbeauftragte Dr. Gise-la Danz den Frauenförderplan für die Stadtverwaltung Offenburg vor. Die Zahlen, die sie anführte, machen deutlich, wie groß der Handlungsbedarf zum damaligen Zeitpunkt war: „Von 16 Amts- und Referatsleitern gibt es derzeit nur eine Frau – das ist die Gleichstellungsbeauftragte. Von über 30 Abteilungsleitungen sind es gerade mal zwei Frauen.“

Die Neuorganisation der Stadtverwaltung Anfang 1999 reduzierte die Anzahl der Führungsstellen auf 8 Fachbereichsleitungen (ohne Ortsverwaltungen) und 25 Abteilungsleitungen.

2009 haben Frauen auf der Ebene der Abteilungsleitungen 9 von 31 Stellen inne, das entspricht einem Zuwachs von 8 auf 29 Prozent. Auf der Ebene der Fachbereichsleitungen wirkt sich der Frauenförderplan weniger nachhaltig aus: Hier amtierte nur 1 Frau, von 2002 bis 2007.

Immerhin hat die Stadt Offenburg aber seit 2002 eine Oberbürgermeisterin. Auf der nächsten Leitungsebene stehen dem 2 Bürgermeister gegenüber.

Wie frau (und man) es auch dreht und wendet, für die Präsenz von Frauen in den Führungsgremien, die ihrem Bevölkerungsanteil entspricht, muss auch in der Offenburger Verwaltung noch viel getan werden. Gut, dass als nächster Arbeitspunkt der Gleichstellungsstelle die Weiterentwicklung des Frauenförderplans zum Chancengleichheitsplan ansteht. Ein Schub nach vorne ist dran!

## „WIE EINE SCHNECKE AUF GLATTEIS“ Der mühsame Weg der Gleichberechtigung in Deutschland

### Recht und Gesetz

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ heißt es im Grundgesetz Artikel 3, Absatz 2. Dieses Grundrecht, das für uns heute eine Selbstverständlichkeit ist, musste im Jahr 1948 mit Ausdauer und Hartnäckigkeit erkämpft werden. Wir verdanken ihn v. a. der sozialdemokratischen Juristin Elisabeth Selbert, die eine der vier weiblichen Abgeordneten des Parlamentarischen Rats war. Lange schien ihr Kampf für die Formulierung des Gleichheitsgrundsatzes aussichtslos, und erst mit Hilfe eines breiten öffentlichen weiblichen Protests erreichte sie ihr Ziel.

Aber wie sah es mit der tatsächlichen rechtlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung aus? Die Verankerung im Grundgesetz des so unscheinbar wirkenden kleinen Satzes „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ hatte zur Konsequenz, dass alle diesem Prinzip entgegenstehenden Gesetze und Regelungen geändert werden mussten. Auf Beschluss der Regierung wurde 1950 ein Frauenreferat im Bundesministerium des Inneren eingerichtet, das sich um die Umsetzung der Gleichberechtigung kümmern sollte. Zunächst wurde das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) und hier vor allem das Ehe- und Familienrecht dem neuen Anspruch angepasst. Dies dauerte weitaus länger als vorgesehen. Die im Grundgesetz bis zum 31. März 1953 festgelegte Frist ließ der Bundestag verstreichen.

Erst 1957 kam es zum sogenannten Gleichberechtigungsgesetz, welches das noch aus der Kaiserzeit stammende Ehe- und Familienrecht reformierte. Über zentrale Punkte, wie die Erwerbstätigkeit der Frau, wurde unerbittlich gestritten. Bisher konnte der Ehemann seiner Frau verbieten, ihren Beruf auszuüben. Schließlich einigte man sich auf den Kompromiss, dass eine Frau auch gegen den Willen ihres Mannes arbeiten gehen darf, aber nur wenn „dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist“. Die Führung des Haushalts oblag weiterhin der Frau. Auch um den sogenannten Stichentscheid gab es Diskussionen. Bislang hatten die Ehemänner das letzte Wort in strittigen Ehe- und Familienfragen, etwa wenn es um die Wahl des Wohnsitzes ging. Am Ende der Debatten stand ein Kompromiss: Die Frauen durften nun bei Familienangelegenheiten mitreden, bei Erziehungsfragen behielten jedoch die Männer das alleinige Entscheidungsrecht. Gesetzlicher Vertreter der minderjährigen Kinder blieb allein der Vater. Selbst bei unehelichen Kindern war nicht die Mutter, sondern ein Amtsvormund zuständig.

Das Gleichberechtigungsgesetz war also erst ein kleiner Schritt zur Emanzipation der Frau. Frauen brauchten jetzt nicht mehr die Einwilligung ihres Mannes, wenn sie ein eigenes Konto eröffnen wollten, sie hatten bei einer Scheidung

Anspruch auf Unterhalt und durften nun selbst über ihr eigenes Geld verfügen. Bisher hatte alles, was eine Frau mit in die Ehe brachte, automatisch ihrem Mann gehört. Das Gleichberechtigungsgesetz festigte das Leitbild der Hausfrauenehe für die nächsten zwei Jahrzehnte. 1977 gelang schließlich die Reform des Ehegesetzes, mit dem Ergebnis, dass nunmehr Eheleute die „Haushaltsführung in gegenseitigem Einvernehmen“ partnerschaftlich regeln und beide berechtigt sind, berufstätig zu sein.

Das Bemühen um die Gleichstellung der Frau blieb ein mühsamer Kampf. Die Emanzipation kam voran „wie eine Schnecke auf Glatteis“, so formulierte es einst Willy Brandt. In den 50er- und 60er-Jahren setzten sich die Frauenverbände für die rechtliche Verankerung der Gleichberechtigung ein. Immer wieder bedurfte es auch der Nachhilfe durch das Bundesverfassungsgericht. So wurde zum Beispiel 1963 die Höfeordnung für verfassungswidrig erklärt, die bis dahin den männlichen Erben bevorzugte. Erst 1991 wurde im ehelichen Namensrecht die volle Gleichberechtigung und damit die freie Namenswahl durchgesetzt. Seit 1992 werden Kindererziehungszeiten als echter Beitrag zur Rentenversicherung anerkannt.

Im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung wurde 1990 im Einigungsvertrag der Auftrag

festgelegt, „die Gesetzgebung der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiter zu entwickeln“. Die dafür eingesetzte Verfassungskommission arbeitete verschiedene Formulierungsvorschläge aus, die zu langwierigen Debatten im Parlament führten. In Erinnerung an Elisabeth Selbert überreichten Frauen der Kommission Waschkörbe voll mit ihren Eingaben. 1994 wurde eine bedeutende Änderung des Grundgesetzes erreicht. Artikel 3, Absatz 2 wurde um den Satz ergänzt: „Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männer und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Seither hat der Staat die Pflicht, aktive Frauenförderung zu betreiben. Damit es zur wirklichen Gleichberechtigung kommt, mussten und müssen die Frauen bis heute am Ball bleiben. Die rechtliche Gleichstellung ist mittlerweile zwar Realität, aber die soziale und wirtschaftliche Gleichheit der Geschlechter ist immer noch nicht erreicht.

### Die Frauenbewegung und ihre Folgen

Der Versuch, die Gleichstellung der Frauen im gesellschaftlichem Alltag zu erlangen, bekam mit der Frauenbewegung Ende der 1960er-Jahre frische Impulse. Mit dem Motto „Das Private ist politisch“ wurde die persönliche Situation von Frauen in einer patriarchalisch strukturierten Gesellschaft thematisiert. Der Protest gegen den Abtreibungsparagrafen (§ 218) führte zur

Ausweitung der Frauenbewegung. Mit Kampagnen wie der Unterschriftenaktion „Ich habe abgetrieben“ 1971 und der Parole „Mein Bauch gehört mir“ forderten die Frauen das Selbstbestimmungsrecht. Ein neues feministisches Bewusstsein entstand, indem die Frauen gegen ihre Diskriminierung in Beruf und Gesellschaft kämpften. Von 1973 an wurden zahlreiche Frauenzentren gegründet, die als Versammlungsorte dienten und Selbsthilfegruppen und Beratung zu Themen wie Gesundheit, Sexualität und Selbstverteidigung anboten. Mit der Forderung gleicher Lohn für gleiche Arbeit gingen die Frauen auf die Straße. In den 80ern folgten Demonstrationen gegen Gewalt an Frauen. Die ersten Frauenhäuser, in denen bedrohte und geschlagene Frauen mit ihren Kindern Zuflucht finden konnten, wurden eröffnet – das erste 1976 in Berlin, in Offenburg 1983.

In den 80er-Jahren setzte auch eine Debatte um die Beteiligung von Frauen in Politik und Wirtschaft ein. Mit der Gründung der Grünen 1979 etablierte sich eine Partei, die von Anfang an eine Frauenquote einführte. Mindestens die Hälfte aller Ämter sollte weiblich besetzt werden. Die anderen Parteien kamen nun in Zugzwang. So veränderte die regierende CDU ihre Frauenpolitik und benannte 1986 Rita Süßmuth zur ersten Frauenministerin. Auch die SPD, die schließlich 1918 das Frauenwahlrecht erkämpft

hatte, setzte sich für die Belange der Gleichstellung ein. Die SPD-Frauen gründeten 1972 die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“ (ASF). An alte Traditionen anknüpfend, trat sie für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein, für die ökonomische Unabhängigkeit der Frau und die innerparteiliche Gleichstellung. Die SPD-Frauen forderten 1979 Gleichstellungsstellen auf der Ebene der Bundesländer und Kommunen. Diese Forderung wurde 1980 auch ins Wahlprogramm aufgenommen. 1988 beschloss der Parteitag der SPD, eine Geschlechterquote von 40 Prozent für Ämter und Mandate festzuschreiben.

### Institutionalisierung der Gleichstellung

Die Institutionalisierung der Gleichstellung der Frau schritt auf der Ebene der Länder und vor allem der Kommunen weiter voran. Seit Mitte der 80er-Jahre wurden in vielen Städten und Gemeinden Frauenbüros eingerichtet. 1982 bekam Köln als erste Stadt eine Frauenbeauftragte. In Baden-Württemberg erhielt Freiburg 1985 die erste Gleichstellungsstelle, mit der „Aufgabe, den Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes auf kommunaler Ebene mit umzusetzen“. Auch wenn die personelle Ausstattung und die Organisationsformen dieser Stellen recht unterschiedlich sind, haben sie alle die gleichen Aufgaben: die Gesetzesüberprüfung, Vernetzung mit Frauen und Frauengruppen,

Verbänden und Gewerkschaften, die Erarbeitung von Vorschlägen und die Durchführung von frauenpolitischen Maßnahmen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema und die Funktion einer Beschwerdestelle.

Der Weg zu einer Gleichstellungsstelle war stets mühsam und langwierig, wie auch in Offenburg zu beobachten. Ohne die langjährige Lobbyarbeit von Frauen, die sich partei- und organisationsübergreifend für dieses Ziel engagierten, hätte es in Offenburg wahrscheinlich nie eine Gleichstellungsbeauftragte gegeben.

Angefangen hatte alles 1979 mit der Kandidatinnensuche für die nächste Gemeinderatswahl. Nach einer Fragebogenaktion beschlossen SPD-Frauen, sich zu treffen, um Politik von Frauen für Frauen zu machen. Die potenziellen Gemeinderätinnen aller Parteien stellten sich bei zwei Veranstaltungen im Spitalspeicher vor, die auf breites öffentliches Interesse stießen.

Die 1980 in den Gemeinderat gewählte SPD-Frau Heidrun Bojarski organisierte auf hartnäckiges Nachfragen von Ute Hassenstein (CDU) – die beiden Frauen trafen sich immer wieder samstags auf dem Offenburger Wochenmarkt – ein weiteres Treffen für politisch interessierte Frauen im Mundinger. Dies war die Geburtsstunde des Stammtisches für

politisch interessierte Frauen, der am 2. Juli 1985 ins Leben gerufen wurde und sich dann jeden ersten Montag im Monat traf. Der Stammtisch verstand sich als überparteilicher generationenübergreifender Treff, der sich an „alle politisch interessierten Frauen“ wandte. Er wurde mit dem „Anliegen gegründet, Interessen von Offenburger Frauen in die Öffentlichkeit

zu bringen“ (mehr zum Stammtisch ab Seite 26). Es sollten noch mehrere Jahre in die Stadt ziehen, bis die Forderung nach einer Frauenbeauftragten in Offenburg vorrangiges Thema wurde.

**Ruth Jansen-Degott**

Frauengeschichtswerkstatt Offenburg

Quellen siehe Seite 53

## FRAUENLEBEN SICHTBAR MACHEN

1991 schlossen sich in Offenburg einige historisch interessierte Frauen in einer Geschichtswerkstatt zusammen. Ziel war, die bis dahin kaum erschlossene und so gut wie nicht aufgearbeitete Geschichte Offenburger Frauen zu erforschen und die Ergebnisse in Form von Publikationen, Ausstellungen, Vorträgen oder Stadtrundgängen öffentlich zu machen.

Die Frauengeschichtswerkstatt ist heute die Institution in Offenburg, die beratend hinzugezogen und für Kooperationen angefragt wird, wenn es um frauengeschichtliche Themen geht. Auch die Broschüre „20 Jahre Gleichstellungsstelle Offenburg“ stützt sich auf ihre fundierten Beiträge. Jüngere Offenburger Geschichte wird den politischen Rahmenbedingungen für die Gleichberechtigung in Deutschland gegenübergestellt. Das liest sich hoch spannend und veranschaulicht sehr gut, was sich im Vorfeld und im ersten Amtsjahr der Gleichstellungsbeauftragten ereignet hat.

## UND WIE WAR DAS IN OFFENBURG?

Der Weg im Bund zur Verwirklichung des Gleichheitsanspruchs im Grundgesetz und hin zu einer aktiven Frauenförderung war lang. Viele Eingaben und Anstrengungen waren nötig (siehe Seite 13 folgende). Die Umsetzung auf Landes- und kommunaler Ebene hat auch ihre Geschichte – ebenso wechselhaft und mühsam. In Offenburg kam die Frage nach der Notwendigkeit einer Gleichstellungsstelle zum ersten Mal 1986 offiziell auf den Tisch. Auch hier brauchte es mehrere Anläufe, bis 1990 die erste „Frau für Offenburgs Frauen“ die Arbeit aufnehmen konnte. Diese Anläufe und das erste Amtsjahr von Gisela Danz hat die Frauengeschichtswerkstatt Offenburg aus dem Stadtarchiv u. a. recherchiert und für diese Broschüre aufbereitet.

Da war ganz schön was los in der Stadt! Und die Offenburgerinnen haben so lange und so gut gekämpft, bis sie sie hatten, ihre Gleichstellungsbeauftragte ...

## DIE GLEICHSTELLUNGSKOMMISSION Ein kostengünstiges Feigenblatt

### Eine Frauenbeauftragte für Offenburg?

Völlig unerwartet erhielt der Offenburger Oberbürgermeister Martin Grüber (SPD) am 19. Februar 1986 vom Vorsitzenden der örtlichen CDU-Fraktion, Wolfgang Pühler, einen Brief zum Thema „Frauenbeauftragte bei der Stadt Offenburg“. Verschiedene Städte, z. B. Karlsruhe und Freiburg, hätten in den letzten Jahren eine solche Stelle geschaffen und die CDU stelle sich nun die Frage, ob die Einstellung einer Frauenbeauftragten, „... auch für Offenburg notwendig und sinnvoll wäre ...“, heißt es in dem Schreiben. Zwei Fragen waren für den CDU-Chef dabei von zentraler Bedeutung: „1. Gibt es vergleichbare Städte, die derartige Stellen eingerichtet haben? 2. Lässt die finanzielle Situation Offenburgs die Schaffung einer derartigen Stelle zu?“

Nach mehreren Zwischenbescheiden und der Nachfrage beim Personalrat antwortete OB Grüber am 3. Juni 1986 auf die Anfrage und berichtete, dass es keine Städte vergleichbarer Größe gebe, die eine solche Stelle geschaffen hätten und die Frauenbeauftragten-Stellen in größeren Städten meist umstritten seien. Falls ein entsprechender Antrag der CDU für den Stellenplan 1987 eingehen würde, müsste zuvor intensiv über Ziele und Aufgaben diskutiert

werden. Nebenbei bemerkte Grüber, dass bei der Stadtverwaltung schon lange „Ausschreibungen und Stellenbesetzungen geschlechtsneutral vorgenommen“ würden. Ob die von der Verfassung gebotene Gleichberechtigung durch eine Frauenbeauftragte auf städtischer Ebene zu erreichen wäre, schien ihm sehr fraglich.

Der Antrag auf die Stelle einer Frauenbeauftragten wurde für den Haushalt 1987 dann aber nicht von der CDU, sondern von den Grünen gestellt, die kostenneutral durch Umschichtungen eine neue Stelle schaffen wollten. Bei der Diskussion im Verwaltungsausschuss am 26. Januar 1987 mochte sich die CDU gar nicht mehr entsinnen, eine solche Stelle selbst angeregt zu haben. Wie das Offenburger Tageblatt berichtete, war der CDU-Mann Gerhard Viol jetzt aus Kostengründen dagegen und Alfred Gailer (FDP) „verwies auf die Gleichberechtigung als ‘geltendes Recht’. Nur wenn die Offenburger Verwaltung frauenfeindlich wäre, hätte man Handlungsbedarf“. OB Grüber äußerte Zweifel, ob die Stelle „bei der Größe Offenburgs überhaupt sinnvoll sei“ und ein „Personalratsmann“ (Personalrat Fehrenbach) meinte sich künftig gegen die vielen Frauen mit einem „Männerbeauftragten“ wehren zu müssen. Mit 13 Gegenstimmen bei zwei Enthaltungen wurde der Antrag schließlich niedergestimmt. Nur drei Stadträte/innen hatten die Einrichtung der Stelle befürwortet.

### Oder doch lieber ein Ausschuss?

Doch was nun, das Thema Gleichberechtigung lag in der Luft, ständig wurden in anderen Städten neue Stellen für Frauenbeauftragte geschaffen und in Offenburg sorgten die Gemeinderätinnen dafür, dass die Diskussion in Gang blieb. Ein Jahr lang sammelte die Verwaltung Zeitungsartikel und Broschüren aus anderen Städten zum Thema Frauenbeauftragte und sichtete die einschlägigen Umfragen und Empfehlungen des Städtetags und des Innenministeriums Baden-Württemberg. Besonderes Interesse fand dabei wohl ein Faltblatt der Stadt Oberkirch mit dem Titel „FRAUEN Gleichstellungsausschuss“, das am 2. Dezember 1987 „gemäß telefonischer Besprechung“ von den Oberkirchern nach Offenburg geschickt wurde.

In der Broschüre stellte sich der Oberkircher Gleichstellungsausschuss vor und benannte seine Mitglieder, Aufgaben und Sprechstunden. Auch in Offenburg favorisierte man diese kostengünstige Idee. Am 14. Dezember 1987 brachte die Verwaltung der Stadt Offenburg in einer nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses eine Vorlage auf den Tisch, die die „Einrichtung eines Gleichstellungsausschusses“ empfahl. Dieser sollte paritätisch besetzt werden – je Fraktion eine Stadträtin oder sachkundige Bürgerin – und eine beratende Funktion haben. Auf der beigelegten Aufgabenliste finden sich

mehrere Punkte, die auch in der Oberkircher Broschüre aufgeführt sind.

In Offenburg sollten die Aufgaben des Gleichstellungsausschusses vor allem innerhalb der Verwaltung liegen. Gedacht war an die Begleitung von Bewerbungsverfahren, Überwachung von Stellenausschreibungen und die Information der Mitarbeiter/innen über gesetzliche Regelungen in Fragen der Gleichberechtigung. Eine Mitarbeit im Gemeinderat, z. B. das Einbringen von Vorschlägen für Vorhaben und Programme des Rates sowie die Prüfung von Ausschuss- und Ratsvorlagen, waren erwünscht. Der Ausschuss sollte einen Gleichstellungsbericht erstellen und fortschreiben. Erst in zweiter Linie war vorgesehen, dass sich der Ausschuss auch um Belange der Offenburger Frauen kümmern durfte. Genannt wurden Hilfestellung für ratsuchende Bürgerinnen, Kontakte zu Organisationen, Initiativen, Gewerkschaften und Berufsverbänden sowie regelmäßige Sprechstunden für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Nach einer kurzen Diskussion wurde die Einrichtung eines Gleichstellungsausschusses im Verwaltungsausschuss einstimmig beschlossen.

### Notlösung Kommission

Der Gemeinderat bekräftigte in seiner öffentlichen Sitzung am 29. Dezember 1987 den

Beschluss und benannte die Mitglieder. Von der CDU wurden Stadträtin Christa Eberwein und als Vertreterin Ute Hassenstein nominiert, von der SPD Stadträtin Heidrun Bojarski und Vertreterin Beate Rothweiler. Die Grünen entsandten Christiane Rattinger und die FDP Anneliese Postels und Helene Fischer. Ulrike Meier-Liehl wurde von den Grünen als Vertreterin nachnominert. Da bei einem beratenden Ausschuss die Zahl der Gemeinderätinnen größer sein muss als die Zahl der sachkundigen Bürgerinnen, war die Bildung eines Ausschusses mit den bereits nominierten Mitgliedern nicht möglich. Den vier sachkundigen Bürgerinnen standen nur drei Stadträtinnen gegenüber. Nach 20-minütiger Beratung innerhalb der Fraktionen wurde deshalb beschlossen, statt des Ausschusses eine Kommission zu bilden. Eine Kommission, so wurde argumentiert, verfüge zwar nicht über die gleichen Rechte wie ein beratender Ausschuss, von der „Arbeitsweise und Durchschlagkraft her sei (aber) kein allzu großer Unterschied zu sehen“.

Nach dieser denkwürdigen Vorgeschichte trat die frisch gekürte Gleichstellungskommission am 2. März 1988 erstmals zusammen und bat anschließend in einem Brief an die Verwaltung um die Entsendung einer Beauftragten aus der Verwaltung, um Bereitstellung einer Protokollantin für die Sitzungen, um einen Sitzungsraum und um Zusendung der Unterlagen der Auswahl-

kommission für die Stelle eines Wirtschaftsreferenten, in die die Gleichstellungskommission eine Vertreterin zu entsenden beabsichtigte.

In ihrer Sitzung am 12. April 1988 beschloss die Kommission, sich den Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe vorzustellen. Ein entsprechendes Schreiben wurde verfasst und über die Verwaltung an die Mitarbeiterinnen weitergeleitet. Darin heißt es: „Den Schwerpunkt unserer Tätigkeit sehen wir vorerst darin, Ihre Belange am Arbeitsplatz zu vertreten.“ So beschäftigten sich die Mitglieder der Kommission in der Folgezeit mit der Personalpolitik der Stadt. Sie analysierten die Personalstruktur der Verwaltung und die Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, prüften Personalbögen und Eingangstests. Zwei Briefkästen sollten aufgestellt werden, um die Kommunikation mit den Mitarbeiterinnen zu ermöglichen.

Doch in den Sitzungen der Kommission traten schon bald die politischen Unterschiede zutage. Während die Vertreterinnen von CDU, SPD und den Grünen der Kommission grundsätzlich positiv gegenüberstanden, ließ die Delegierte Helene Fischer von der FDP verlauten, dass sie ohne ihr Wissen in die Kommission berufen worden sei, sich mit dieser nicht identifizieren könne und im Übrigen zu alt sei. Auf ihre Frage, welchen Zweck die Gleichstellungskommission

habe, antwortete Stadträtin Bojarski entschieden: „... dass die Gleichstellungskommission erreichen wolle, dass Offenburg eine Gleichstellungsbeauftragte erhalte.“ Diese Position wurde aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht von allen Kommissionsmitgliedern vertreten.

### Das frühe Ende

Zum Eklat kam es, als die Gleichstellungskommission einen dreiseitigen anonymen Fragebogen an die Mitarbeiterinnen der Offenburger Verwaltung verschicken wollte. Darin sollten Daten über die Modalitäten weiblicher Beschäftigung bei der Stadt Offenburg erhoben werden. Des Weiteren wurde nach der Teilnahme bzw. Ablehnung von Fortbildungen und nach Unterschieden der Arbeitssituation im Vergleich zu männlichen Kollegen gefragt. Und schließlich wollte die Gleichstellungskommission wissen, welche Erwartungen frau an sie herantrug. Der Fragebogen ging am 23. August 1988 beim Hauptamt ein und wurde, nach Vorlage beim Oberbürgermeister, am 31. August zur Stellungnahme an den Personalrat weitergeleitet. Am 12. September traf beim Hauptamt die negative Antwort des Personalrates ein, die noch am gleichen Tag an den OB weitergeleitet wurde. Der Personalrat lehnte die Umfrage ab, weil für die arbeitsrechtlichen Belange, um die es in dem Fragebogen ginge, der Personalrat zuständig sei und nicht ein politisch gewähltes Gremium.

Auch für die Verwirklichung der beruflichen Gleichberechtigung von Mann und Frau sei der Personalrat zuständig. Sowohl die Anonymität der Umfrage als auch die Tatsache, dass der Bogen nur an die weiblichen Beschäftigten verschickt werden sollte, lehnte er entschieden ab.

Am 30. September 1988 verfasste das Hauptamt ein Antwortschreiben an die Gleichstellungskommission und untersagte, aufgrund der Stellungnahme des Personalrates, die Umfrage in der vorgelegten Form. Das Schreiben wurde am 3. Oktober von Bürgermeister Englert abgezeichnet und sollte dem abwesenden OB nach seiner Rückkehr vorgelegt werden. Noch am gleichen Tag wurde der Brief an die Gleichstellungskommission verschickt. Allerdings war OB Grüber nicht ganz einer Meinung mit seinem Hauptamtsleiter. Er vermerkte am 14. Oktober auf dem Durchschlag des Schreibens: „Ich glaube nicht, dass wir die Bedenken des Personalrats so einfach übernehmen können. Wenn keine datenschutzrechtlichen oder sonstigen Rechtsgründe entgegenstehen, sollte man die Genehmigung erteilen.“

Doch zu spät: Zwar wurde der Fragebogen noch am 18. Oktober zur Begutachtung an das Rechtsamt weitergeleitet, aber am gleichen Tag traf bereits ein Schreiben mit der Rücktrittserklärung der Gleichstellungskommission beim Ober-

bürgermeister ein. Darin heißt es: „Wir nehmen Bezug auf das Schreiben vom 30. 9. 1988. (...) Aufgrund dieses Schreibens sehen wir keine Möglichkeit, unsere Vorstellungen von Frauenarbeit zu verwirklichen, da wir von seiten der Verwaltung und des Personalrates blockiert werden. Wir verzichten auf unsere Arbeit in einer Kommission, die weder innerhalb noch außerhalb der Verwaltung mit Kompetenzen ausgestattet ist.“ Außer Anneliese Postels und Beate Rothweiler hatten alle Mitglieder der Kommission die Erklärung unterschrieben.

### Die Kampfansage

Bereits am 15. Oktober 1988 war im Offenburger Tageblatt unter der Überschrift „Eine Frau für Offenburgs Frauen“ ein Zeitungsartikel veröffentlicht worden, in dem Stadträtin Bojarski in Bezug auf die Bildung der Gleichstellungskommission mit den Worten zitiert wird: „Das war ein Alibi-Beschluss, wir bewegen nichts. Ich bin frustriert.“ Sie plädierte vehement für eine Frauenbeauftragte mit klaren Kompetenzen. Eine Woche später wurde der Rücktritt der Kommission auch öffentlich in der Tagespresse erklärt. Es sei sinnlos, so Ute Hassenstein von der CDU, „Kräfte für ein politisches Gremium ohne Kompetenzen zu verschleißeln“. Nur Anneliese Postels (FDP) und Beate Rothweiler (SPD) hätten die Arbeit in der Kommission gerne fortgesetzt. Alle anderen verkündeten

kämpferisch, sich künftig in einer Initiative für das gemeinsame Ziel einer Frauenbeauftragten einsetzen zu wollen.

OB Grüber antwortete am 26. Oktober auf das Rücktrittsschreiben der Gleichstellungskommission und zeigte sich „überrascht“ und unüberhörbar auch verärgert und enttäuscht darüber, dass die Gleichstellungskommission vor ihrem Rücktritt nicht das Gespräch mit ihm gesucht hatte. Entschieden wehrte er sich gegen die Behauptung, die Verwaltung habe ihre Arbeit blockiert. In Sachen Fragebogenaktion bezeichnete er die Reaktion der Kommission auf die Stellungnahme des Personalrates und der Verwaltung als „absolut unverständlich“. In puncto öffentliche Erklärungen äußerte er sogar den Verdacht, „dass einige Kommissionsmitglieder weniger an einem Arbeitserfolg als vielmehr am Aufbau von Feindbildern interessiert sind“. Abschließend bat das Stadtoberhaupt um „umgehende Zuleitung des Berichtes an das Hauptamt“ und kündigte eine Beratung im Gemeinderat an.

Vier Wochen später, am 25. November 1988, erhielt OB Grüber den gewünschten Bericht und die Antwort auf seine Kritikpunkte. „Mehr als 60 Stunden intensive Arbeit“ hätten die Frauen in die Arbeit der Gleichstellungskommission investiert, trotz unterschiedlicher Auffassungen



„Gleichstellungskommission hat Rücktritt erklärt“ – Offenburger Tageblatt vom 22. 10. 1988  
Foto: Stadt Offenburg

Heidrun Bojarski  
Christa Eberwein  
Ulrike Meier-Liehl  
Beathe Rothweiler  
Ute Hassenstein  
Christiane Rattinger  
Helene Fischer

habe man „eine gemeinsame Basis gefunden“. Die Aufgaben, „wie sie sich stellen“, seien aber in einer Kommission schwierig und ohne die Unterstützung der Verwaltung „unmöglich“ zu lösen. „Wenn wir als Gleichstellungskommission nichts verändern können, unsere Grenzen und Möglichkeiten sehen, dann ist es für uns Frauen ehrlicher, unser Scheitern zuzugeben ...“, heißt es in dem Schreiben.

Hätte es für die Gleichstellungskommission ein Happyend gegeben, wenn die Frauen nach dem Verbot ihrer geplanten Fragebogenaktion das Gespräch mit Oberbürgermeister Martin Grüber gesucht hätten? Wohl kaum! Vielleicht hätte der Konflikt noch einmal beigelegt werden können, früher oder später wäre die Kommission jedoch an ihrem Mangel an Kompetenzen und politischen Gestaltungsmöglichkeiten frustriert gescheitert. Obwohl der OB der Kommission zunächst vergleichsweise positiv gegenüberstand, war die allgemeine Haltung zumindest der männlichen Mitarbeiter der Verwaltung doch deutlich reserviert. Der Personalrat fühlte sich durch die Aktivitäten der Kommission in seinem Vertretungsrecht bedroht und reagierte aggressiv. Und auch im Hauptamt wusste man wohl nicht so recht, wie man mit dieser Kommission umgehen sollte.

Kein Wunder, dass die Gleichstellungskommission nicht mal ein Jahr lang überlebte. Selbst

Stadträtin Heidrun Bojarski, die die Kommission zunächst als Mittel gesehen hatte, doch noch die Einstellung einer Frauenbeauftragten zu erreichen, musste bald zu dem Schluss kommen, dass gerade dieses Ziel nicht durch eine Kommission zu erreichen war. Als kostengünstiges Feigenblatt eingesetzt, um die Offenburger Frauen zu befrieden, waren die Wirkungsmöglichkeiten der Gleichstellungskommission eng begrenzt. Über ihren spontanen Rücktritt kann man sicherlich streiten. Letztlich war es aber konsequenter und erfolgversprechender, den Kampf für eine Frauenbeauftragte außerhalb des Gemeinderates und der Kommissionen zu führen. Hier übernahm der „Stammtisch für politisch interessierte Frauen“ mit seinen vielfältigen Aktionen die Initiative (s. S. 26 ff.).

### Anne Junk

Frauengeschichtswerkstatt Offenburg

#### Quellen

Stadtarchiv Offenburg: 07/ 10.24.03.32, Gleichstellung  
Stadtarchiv Offenburg: 07/10.24.00-01, Niederschrift  
über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses  
vom 26. Januar 1987

Offenburger Tageblatt vom 28. Januar 1987

Offenburger Tageblatt vom 15. Oktober 1988:

„Eine Frau für Offenburgs Frauen“

Offenburger Tageblatt vom 22. Oktober 1988:

„Aber wir bleiben am Ball“

## ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Oft sprechen sie für sich, manchmal gaukeln sie Gewissheit nur vor: Statistik und Zahlenwerte sind ein wichtiges Informationsmittel. Und doch mit Vorsicht zu genießen. Wenn wir z. B. bei der Anzahl der von Frauen belegten Sitze im Offenburger Gemeinderat nur die Zahlen von 1989 und 2009 nehmen (11 bzw. 9), scheint eindeutig, dass die kommunalpolitische Teilhabe von Frauen abgenommen hat. Tatsächlich hat sie im Vergleich zu 1989 leicht zugenommen – allerdings verbirgt sich hinter dieser „Zunahme“ doch ein Abwärtstrend, der der Gleichstellungsarbeit zuwiderläuft.

Jahr	Plätze im Gemeinderat	davon Frauen	Anteil in Prozent
1989	53	11	20,75 %
1994	59	17	28,81 % **
2004 *	40	10	25 %
2009	40	9	22,5 %

\* Abschaffung der unechten Teilortswahl, daher nur noch 40 Sitze

\*\* Vor dieser Wahl hatten Gisela Danz und der Stammtisch für politisch interessierte Frauen die Offenburgerinnen in der Veranstaltungsreihe „Ich habe eine Stimme“ zum „Mitreden. Mitgestalten. Mitentscheiden“ erstmalig aufgefordert. Die Resonanz war enorm und der Erfolg beträchtlich.

Die Tabelle lässt wichtige Fragen offen: Weshalb sinkt der Frauenanteil im Gemeinderat, obwohl weiter mit Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen für die verstärkte Teilhabe geworben wird? Initiativen wie „Unsere Stadt braucht (und hat!) Frauen“ stoßen auf gute Resonanz, Frauen kandidieren auch, das Wahlergebnis ist aber nicht befriedigend. Und meilenweit von dem Ziel entfernt, Frauen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in den Offenburger Gemeinderat zu bringen.

## DER STAMMTISCH FÜR POLITISCH INTERESSIERTE FRAUEN Wichtiger Impulsgeber und eine Institution in Offenburg

### Die Anfänge

Als der „Stammtisch für politisch interessierte Frauen“ 1985 mit dem Anliegen gegründet wurde, die Interessen von Offenburger Frauen an die Öffentlichkeit zu bringen, ahnte man nicht, welche Resonanz er in den nächsten fünfzehn Jahren finden würde. Die Initiatorin Heidrun Bojarski, SPD-Gemeinderätin von 1980 bis 1989, lud am 2. Juli 1985 zu einem Informationsabend ein. Dreizehn Frauen kamen und entschlossen sich an diesem Abend zu einem regelmäßigen Jour fixe, immer am ersten Montag im Monat. Ein wichtiges Anliegen des Stammtischs war es, den Frauen Unterstützung zu bieten für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. So fand der erste Vortrag im August 1985 mit einem Referenten der IG Metall zum Thema „Beschäftigungspolitik“ statt. Die Voraussetzungen für frauengerechte Arbeitsmöglichkeiten waren damals mangels Ganztagschulen und Kindertagesstätten sowie durch die unflexiblen Öffnungszeiten der Kindergärten in Westdeutschland nicht gegeben – immer wieder setzte der Stammtisch sich für eine qualitativ und quantitativ ausreichende Kinderbetreuung ein.

Der Stammtisch verstand sich als politisch unabhängiger „Runder Tisch“, als generationenübergreifende Plattform für alle Frauen mit der Möglichkeit, sich in lockerer Atmosphäre politisch zu artikulieren, ohne dass „man(n)“ das große Wort führte. Er wollte Sprachrohr für spezielle Frauenbelange sein und die Vernetzung verschiedener Frauengruppen fördern. Der Stammtisch war kein Verein mit finanzieller Ausstattung. Bei anfallenden Kosten für eine Referentin oder einen Referenten ließen die Frauen mangels Sammelbüchse ein ausrangiertes Marmeladeglas herumgehen. Heidrun Bojarski oblag lange Jahre die Leitung, später überwiegend Annegreth Weuster-Sommer und Christiane Heinze. Ende des Jahres wurden die Themen für das kommende Jahr vorgeschlagen und gemeinsam festgelegt. Längere Zeit „residierte“ der Stammtisch im früheren kleinen Nebenzimmer des „Wagner Braustübls“, das ob der großen Anzahl interessierter Frauen manchmal fast aus den Fugen geriet.

### Der Kampf um eine Frauenbeauftragte

Entscheidend beteiligt war der Stammtisch, als es um die Durchsetzung einer Gleichstellungsbeauftragten in Offenburg ging. Die im Frühjahr 1988 vom Gemeinderat eingerichtete Gleichstellungskommission war schon im Oktober frustriert zurückgetreten (siehe Seite 19). Die bevorstehende OB-Wahl im September 1989

und die Kommunalwahl im Oktober sah Heidrun Bojarski als Chance, die geforderte Stelle einer städtischen Frauenbeauftragten doch noch zu realisieren. Der „Stammtisch für politisch interessierte Frauen“ informierte über das Thema und vernetzte die Frauengruppen zu einer schlagkräftigen Lobby. Zum Treffen im März 1989 wurden Vertreterinnen der Frauengruppen, der Arbeiterwohlfahrt, der Gewerkschaft, des Arbeitskreises Frieden und Asylanten sowie der Kirchen eingeladen. Über 50 Frauen kamen. An diesem Abend wurde ein Gremium gebildet, dem Ernestine Folkens, Ute Hassenstein, Christiane Heinze, Christine Horcher, Sibylle Laurischk, Barbara Leucht-Hautz und Annegreth Weuster-Sommer angehörten. Dieses Gremium erarbeitete ein Thesenpapier, das unter dem Titel „Frauenbeauftragte in Offenburg. Warum?“ am 10. April 1989 im „Tritschler“ vorgestellt wurde. Es wies auf die Defizite der Stellung von Frauen in der Gesellschaft hin und endete mit den Worten: „Die Bestellung einer Frauenbeauftragten ist nicht als Schlusspunkt der Frauenpolitik gedacht, sondern als Beginn eines Veränderungsprozesses.“

Mit einer selbst finanzierten Auflage von 800 Exemplaren begann die Öffentlichkeitsarbeit. Um die Offenburger Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren und zu mobilisieren, wurde das Thesenpapier in Umlauf gebracht und eine

Unterschriftenaktion gestartet. Im Juni warben die Frauen zweimal auf dem Wochenmarkt für ihr Anliegen, Plakate in Gaststätten und Buchläden machten auf die Aktion „Eine Frauenbeauftragte für Offenburg“ aufmerksam. Zusätzlich lud der Stammtisch zu Informationsveranstaltungen ein, bei denen am 12. Oktober 1988 Theresia Riedmeier, die Frauenbeauftragte der Stadt Karlsruhe, und am 20. Juni 1989 Christa Tiemann-Albrecht, die Frauenbeauftragte der Stadt Konstanz, über ihre Tätigkeit berichteten. Insgesamt wurden in dieser Zeit über 700 Unterschriften gesammelt und im Juli 1989 dem OB-Kandidaten Dr. Wolfgang Bruder überreicht.

Diese gelungene Öffentlichkeitsarbeit hielt das Thema Frauenbeauftragte auch in den Tageszeitungen präsent und machte es schließlich im Vorfeld der OB-Wahl zu einem Wahlkampfthema. Wolfgang Bruder sagte – nicht zuletzt mit Blick auf die weiblichen Wählerstimmen – zu, sich im Falle seiner Wahl für eine solche Stelle stark zu machen. Als er tatsächlich gewählt wurde und im Oktober 1989 sein Amt als Oberbürgermeister der Stadt Offenburg antrat, bekam er erneut „Damenbesuch“ und wurde an sein Versprechen erinnert. Mit seiner Unterstützung gelang es 1990, die Stelle auch im Gemeinderat durchzusetzen. Am 18. Juni entschied sich der Offenburger Gemeinderat für Dr. Gisela Danz, die ihr Amt als erste Gleich-

stellungsbeauftragte der Stadt Offenburg im September 1990 antrat. Eine kleine Abordnung von Frauen hieß sie im Rathaus mit Blumen und Sekt willkommen. Mit 32 hauptamtlichen Frauenbeauftragten im Jahre 1993 war Baden-Württemberg jedoch immer noch Gleichstellungsschlusslicht unter den Ländern.

### Forum und Impulsgeber

Der Stammtisch arbeitete mit partnerschaftlich mit Gisela Danz zusammen. Er informierte weiter über frauenrelevante Themen und bot ein Diskussionsforum, aus dem neue Impulse hervorgingen. Mittlerweile hielt er seine Treffen im geräumigeren Nebenzimmer des „Badischen Hofes“ ab. Die Themenpalette war vielfältig und anspruchsvoll: „Frauen im Islam“, „Ehe und Güterrecht“, „Frauenpolitik im Zeichen des Rotstifts“, „Praktizierte Schulsozialarbeit“, „Gewalt und Missbrauch von Frauen und Mädchen“ wurden ebenso aufgegriffen wie „Aussiedlerinnen kommen und bleiben“, „Bildungsprogramme für Frauen“, „Frauenarbeitsmarkt Ortenau“ und die „Pflegeversicherung“. Dorit Kern aus Haslach berichtete beeindruckt von der Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking mit 30 000 Teilnehmerinnen. Das Thema „Frauen in der Werbung“ gab (und gibt heute noch) immer wieder Anlass zur Empörung über Sexismus und Diskriminierung. Zum Komplex „Gewalt“ wurden eine Richterin, eine Rechtsanwältin und ein Polizist gehört.

Die Arbeit des „Stammtischs für politisch interessierte Frauen“ setzte viel in Bewegung. 1989 gingen aus ihm die „Kinderbetreuungsinitiative“ und „Frauenselbsthilfe nach Krebs“ hervor. Einige Initiativen, wie das „Mütterzentrum“ oder der „Aufschrei! – Ortenauer Verein gegen sexuelle Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen e. V.“, nutzten ihn, um ihre Anliegen bekannt zu machen. Der Stammtisch war nie bequem. Als 1993 diverse Sparpläne der Stadt, wie z. B. zum Stellenabbau in Kindergärten kursierten, protestierte er energisch: „Gespart werden darf nicht zu Lasten von Frau und Familie.“ In einem Antrag an die Stadt wurden finanzielle Forderungen im Kindergartenbereich, für das Frauenhaus/„Frauen helfen Frauen e. V.“ und den Verein „Aufschrei!“ erhoben sowie für die Aids-Hilfe Offenburg e. V. und den Verein Kinderhaus Spatz.

### Frauen in die Kommunalpolitik

„Ich habe eine Stimme“ – in dieser Veranstaltungsreihe forderten Stammtisch und Gleichstellungsbeauftragte die Offenburgerinnen zum „Mitreden, Mitgestalten, Mitentscheiden“ auf. Deutlich mehr Frauen sollten bei der Gemeinderatswahl 1994 kandidieren, um die wünschenswerte Parität zu erreichen. Denn auch in Offenburg hatten (und haben) die über 50 Prozent Frauen der Bevölkerung keine entsprechend hohe Vertretung in den kommunalen Gremien.

Zum Stammtisch im November 1993 wurden zunächst die amtierenden Gemeinderätinnen eingeladen, Anfang 1994 startete das Wochenendseminar „Wenn du geredet hättest ...“ in der Volkshochschule und im Frühjahr wurde eine Diskussion mit Frühstücksbüfett zum Thema „Können Frauen die Politik verändern?“ im Ritterhaus veranstaltet. Auch der „Deutsche Frauenring“ schloss sich an und lud im Mai zu einer Diskussionsrunde mit Vertreterinnen der Parteien und Wählergemeinschaften ein. Samstags warb man in der Innenstadt für einen höheren Frauenanteil in den Gremien und für eine familiengerechtere Politik. Bei der Wahl 1994 wurden von 59 Gemeinderatssitzen 17 an Frauen vergeben (28,81 Prozent). Zum Vergleich: 1989 konnten von 53 Sitzen nur 11 von Frauen besetzt werden (20,75 Prozent).

Am 10. Oktober 1995 feierte der „Stammtisch für politisch interessierte Frauen“ sein zehnjähriges Bestehen. Die Europa-Abgeordnete der SPD, Heinke Salisch, Gleichstellungsbeauftragte Dr. Gisela Danz, die Gemeinderätinnen und Offenburger Frauengruppen waren eingeladen. Christiane Heinze erwähnte in ihrem Rückblick, dass der Stammtisch bundes-, landes- und kommunalpolitische Themen auf seiner Tagesordnung hatte und sich in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Kultur und Soziales engagiert habe. Unzählige Briefe an Abgeordnete hätten die

Stammtischfrauen verschickt, z. B. als es um die Kindergartendebatte oder um den Paragraph 177 StGB über Gewalt in der Ehe ging. Dr. Danz sah sich in ihrer 5-jährigen Amtszeit aufs Engste mit dem Stammtisch verwoben. Sie lobte, dass er sich durch Sachlichkeit, Freundlichkeit und konstruktiven Dialog auszeichnet und bezeichnete ihn als Forum und Impulsgeber für ihre Arbeit.

Ende der 1990er-Jahre wurde es ruhiger um den Stammtisch. „Wir waren fleißig, wir werden nicht mehr gebraucht“, glaubte Annegreth Weuster-Sommer. Mehrere Versuche, ihn wieder zu aktivieren, scheiterten. Die nachfolgende Generation gibt sich zufrieden mit dem Erreichten, verfügt schon über mehr Berufs- und Bildungsmöglichkeiten und somit über mehr finanzielle Selbstständigkeit. Mit der Gründung des Frauenforums am 15. Mai 2002 wurde der Stammtisch endgültig eingestellt.

Der Offenburger „Stammtisch für politisch interessierte Frauen“ hat Erfolgsgeschichte geschrieben, er war eine Institution. Später gegründete Stammtische in den Nachbarstädten Lahr und Kehl fanden nie diese Akzeptanz.

**Conny Roth**

Frauengeschichtswerkstatt Offenburg

## PUBLIKATIONEN

### Frauengeschichtswerkstatt Offenburg

Anne Junk, Christel Opeker (Hg.): „Nur Kinder, Küche, Kirche? Frauenleben und Frauenarbeit in Offenburg 1850 – 1920“, Werkstattberichte aus dem Stadtarchiv Band 1, Offenburg 1993

Anne Junk (Hg.): „Ihr werdet für ewige Zeiten Euch ein ruhmvolles Denkmal setzen! Wie Frauen 1848/49 die Revolution unterstützten“, Werkstattberichte aus dem Archiv & Museum Band 4, Offenburg 1999

Museum im Ritterhaus (Hg.): Broschüre zur Ausstellung „MUTTERtag oder FRAUENtag? Weibliche Traditionen in Ost und West“, Offenburg 1999

Ruth Jansen-Degott, Anne Junk (Hg.): „Markante Frauen. Sonderserie Offenburg“, Offenburg 2006

Ruth Jansen-Degott, Anne Junk (Hg.): „Mortes pour la France. Annäherung an die 1944 in Offenburg ermordeten französischen Widerstandskämpferinnen“. Werkstattberichte aus dem Stadtarchiv Band VII, Offenburg 2009

#### Quellen

Stadtarchiv Offenburg:

09 / Nachlass Stammtisch für politisch interessierte Frauen

Gespräch mit Heidrun Bojarski und Annegreth

Weuster-Sommer, 8. Juli 2010 im Ritterhaus

Eigene Erinnerungen der Autorin, die selbst regelmäßige Teilnehmerin des Stammtischs für politisch interessierte Frauen war

## EINE GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTE FÜR OFFENBURG

### Aufgaben, Hauptziele, Projekte und aktuelle Ereignisse im ersten Jahr

#### Besetzung der Stelle und Beschreibung der Aufgaben

Im April 1990 wurde die Stelle eines/einer Gleichstellungsbeauftragten von der Stadt Offenburg bundesweit ausgeschrieben. Insgesamt gingen 102 Bewerbungen ein. 95 Frauen und 7 Männer bewarben sich um die Stelle. Bei einer Vorauswahl wurden 14 Frauen zu einer persönlichen Vorstellung eingeladen. Aus dem Kreis dieser Bewerberinnen entschied man sich für zwei Frauen, deren Qualifikationen am besten zu der ausgeschriebenen Stelle passten. Sie wurden für den 18. Juni 1990 in die nichtöffentliche Gemeinderatssitzung eingeladen, wo sie sich dem Oberbürgermeister und dem Gemeinderat vorstellen sollten. Am Morgen des 18. Juni sagte eine der Bewerberinnen ab. Die andere Bewerberin erläuterte ihre Vorstellungen über die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und stellte sich den Fragen des Gemeinderats. Diese Bewerberin war Dr. Gisela Danz. Sie wurde in der gleichen Sitzung mit großer Mehrheit zur neuen Gleichstellungsbeauftragten gewählt.

Gisela Danz war zu dieser Zeit 36 Jahre und wissenschaftliche Angestellte an der Pädagogischen Hochschule in Weingarten, wo sie neben verschiedenen Untersuchungen im Bereich der Frauenforschung auch Lehrveranstaltungen im Fach Soziologie und Politikwissenschaften durchführte. In ihrer Ausbildung studierte sie zuerst Verwaltungswissenschaften mit der Fachrichtung Arbeits- und Berufsberatung an der Fachhochschule der Bundesanstalt für Arbeit in Frankfurt am Main. Nach einer sechsjährigen Tätigkeit als Berufsberaterin beim Arbeitsamt Frankfurt studierte sie Soziologie mit den Nebenfächern Politikwissenschaften und Pädagogik an der Frankfurter Universität und promovierte 1989. Das Thema ihrer Dissertation lautete: „Berufsbiographien zwischen gestern und heute: Volksschullehrerinnen, geboren um die Jahrhundertwende, berichten“.

Die Aufgabengebiete der Gleichstellungsbeauftragten Offenburg waren in der Stellenausschreibung wie folgt beschrieben worden:

- Sprechstunden zur Beratung von Ratsuchenden durchführen
- Informationsveranstaltungen organisieren und Info-Material erstellen
- mit Bildungseinrichtungen zusammenarbeiten und Bildungsangebote entwickeln
- einen kommunalen Frauenbericht erstellen und fortschreiben

- mit kommunalen und staatlichen Gleichstellungsstellen sowie politisch und gesellschaftlich relevanten Gruppen zusammenarbeiten

- Bestandsaufnahme der beruflichen Situation von Frauen in der Stadtverwaltung erstellen und bei administrativen und personellen Vorgängen in der Stadtverwaltung mitwirken

- Maßnahmen der Stadt zur Verbesserung der beruflichen wie sozialen Situation von Frauen initiieren, unterstützen und fördern (z. B. einen Frauenförderplan entwickeln)

### Zusammenarbeit mit Frauengruppen

Gisela Danz trat ihre Stelle als erste Gleichstellungsbeauftragte in Offenburg im September 1990 an. In einem Zeitungsinterview nannte sie als Hauptziel ihrer Arbeit „die Situation von Frauen, wo notwendig, zu verbessern“. Nach ihren Themenschwerpunkten befragt, antwortete die Gleichstellungsbeauftragte, sie wolle sich mit den Themen Arbeitsmarkt und Beruf für Mädchen, Frauen und Mütter sowie Gewalt gegen Frauen beschäftigen. Hierzu plante sie auch Ausstellungen.

Für die Gleichstellungsbeauftragte war es wichtig, am Anfang ihrer Tätigkeit eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Sie trat mit vielen Gruppen in der Stadt in Kontakt und hörte von den Betroffenen selbst, welche Erwartungen sie hatten. In Offenburg traf sie



Im Gespräch: Gisela Danz und Oberbürgermeister Bruder  
Foto: Stadtarchiv Offenburg

auf zahlreiche Frauen in verschiedenen Organisationen, die sich mit frauenpolitischen Themen beschäftigten und sich durch die Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten Unterstützung für ihre Arbeit und Projekte erhofften. Schließlich war durch das große Engagement und die erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit für die Stelle der Frauenbeauftragten in Offenburg das Bewusstsein für die Benachteiligung der Frauen in der Gesellschaft geschärft worden. Auf Einladung von „Frauen für Frauen“ stellte sich die Gleichstellungsbeauftragte während der 2. Offenburger Frauenwoche im Herbst 1990 erstmals der Öffentlichkeit vor. Ihr historisch-soziologischer Diavortrag zum Thema „Hausfrau – Gattin – Mutter. Die Erziehung zum Weibe im 18. und 19. Jahrhundert“ fand reges Interesse.

Der Kontakt zum „Stammtisch für politisch interessierte Frauen“ blieb sehr eng. Die Gruppe, die wesentlich dazu beigetragen hatte, dass die Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten in Offenburg eingerichtet wurde (s. S. 26), plante für 1991 zwei Termine mit Gisela Danz ein, um über frauenrelevante Themen zu diskutieren.

### Projekte im ersten Jahr

In den ersten Monaten im Amt verschaffte sich Gisela Danz einen Überblick über die berufliche und soziale Situation der Frauen in Offenburg.

Für den gewünschten Frauenförderplan machte sie eine Bestandsaufnahme des Kinderbetreuungsbedarfs und der Rückkehrmöglichkeiten von Frauen in den Beruf. Der Gleichstellungskommission hatte man zwei Jahre zuvor noch untersagt, die städtischen Mitarbeiterinnen zu befragen. Die Gleichstellungsbeauftragte hatte diese Kompetenz durch ihr Amt.

Unverzüglich begann die neue Offenburger Gleichstellungsbeauftragte mit der Planung zahlreicher Projekte. Sie begann, ein Archiv aufzubauen und brachte die Arbeit für das „Offenburger Stadtbuch für Frauen“ auf den Weg, das 1993 veröffentlicht wurde. In Zusammenarbeit mit der Frauenbeauftragten der Stadt Lahr wurde zügig das erste Informationsblatt erarbeitet. Thema: Weiterbildungsmöglichkeiten für Berufsrückkehrerinnen im Ortenaukreis. Gemeinsam mit der damaligen Frauenreferentin der Erzdiözese Freiburg Sr. Dr. Frumentia organisierte Dr. Danz einen Fachtag zum Thema „Alleinerziehende“, der im April 1991 stattfand. Die Situation von Alleinerziehenden zu verbessern, war ein wichtiges Anliegen der Gleichstellungsbeauftragten. Organisatorisch und inhaltlich war Gisela Danz in ihrem ersten Jahr in Offenburg zudem mit der Planung der Ausstellung und der Aktionstage zum Thema „Mädchen machen Nägel mit Köpf(ch)en – Tolle Chancen in gewerblich-technischen Berufen“



„Mädchen machen Nägel mit Köpf(ch)en“ – Ausstellungseröffnung  
Foto: Stadtarchiv Offenburg

befasst, die als Kooperationsveranstaltung mit der Frauengruppe pömps e. V. und dem Bildungszentrum der IHK im Herbst 1991 vorgestellt wurde.

Innerhalb der Stadtverwaltung organisierte Gisela Danz Ende 1990 im Hinblick auf die Personalratswahlen 1991 eine Veranstaltung zum Thema „Mehr Frauen in den Personalrat!“. Tatsächlich wurden bei den Personalratswahlen im Februar 1991 deutlich mehr Frauen in den Personalrat gewählt. Sie besetzten nun fast die Hälfte der Sitze. Parallel zu den vielen Projekten, die die Gleichstellungsbeauftragte verfolgte und weiter vorantrieb, bot sie Beratungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung sowie ratsuchende Offenburger Frauen an, die gut angenommen wurden.

Auch überregional war die Offenburger Gleichstellungsbeauftragte aktiv. Sie arbeitete mit in der Arbeitsgemeinschaft der Frauenbeauftragten beim Städtetag Baden-Württemberg sowie in der Arbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen Frauenbeauftragten in Baden-Württemberg.

### Fraueninteressen bei der Stadtplanung

Ein zentraler Schwerpunkt im ersten Amtsjahr der Gleichstellungsbeauftragten war die Stadtplanung. Sie nahm an den Sitzungen der gemeindeinternen Projektgruppe „Kreuzschlag II“ sowie der Frauenarbeitsgruppe Kreuzschlag teil.

Dieser Gruppe gehörten Gemeinderätinnen und Bürgerinnen an, die an einer frauen-, kinder- und familienfreundlichen Bebauung des Geländes interessiert waren. Durch die Teilnahme an beiden Gruppen konnte die Gisela Danz dazu beitragen, dass die Fraueninteressen bei der Planung dieses Viertels beachtet wurden.

In der Stadtverwaltung nahm Gisela Danz schon bald an den stadtplanerischen Arbeitstreffen teil und vertrat die Fraueninteressen bei Projekten zur Kinderbetreuung, zu neuen Wohnformen im Alter und zur Planung eines Mütterzentrums. Als Frauen die mangelhafte Ausleuchtung der Bahnunterführung bemängelten, wurde nach einer Ortsbegehung die Beleuchtungssituation erheblich verbessert.

### Aktuelle Ereignisse

Im Frühjahr 1991 ergriff die Gleichstellungsbeauftragte in einem Streit zwischen dem Offenburger Tageblatt und der Lesbengruppe im Frauen-Café Medusa Partei für die Frauen. Die Zeitung hatte sich geweigert, auf Veranstaltungen der Lesbengruppe hinzuweisen, und berief sich auf einen internen Beschluss, keine homosexuellen Veranstaltungen anzukündigen. Bei einer Veranstaltung des „Stammtischs für politisch interessierte Frauen“ diskutierten 70 Frauen mit dem Verlagsleiter und mehreren Redakteuren des Offenburger Tageblatts und forderten die Aufhebung dieses Beschlusses. Als

die Zeitung vier Monate später noch nicht reagiert hatte, mahnte Gisela Danz in einem Brief an den Verlagsleiter dessen Versprechen an, sich für die Aufhebung des Beschlusses einzusetzen.

Im Juni 1991 fuhren frauenpolitisch aktive Offenburgerinnen zusammen mit der Gleichstellungsbeauftragten in die Partnerstadt Altenburg. Sie diskutierten dort in Workshops über die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen in Ost und West, insbesondere über die Themen Kinderbetreuung, § 218 und den Aufbau eines Frauenhauses in Altenburg. Damit begann ein längerfristiger intensiver Erfahrungsaustausch mit den Frauen aus Altenburg.

### Fazit

Bereits im ersten Jahr ihrer Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte arbeitete Gisela Danz auf breiter Front für die Gleichberechtigung der Frauen in Offenburg. Sie brachte viele Projekte auf den Weg, die die Lage der Frauen langfristig verbessert haben, und sorgte dafür, dass ihre berufliche und soziale Situation bei den politischen Entscheidungsträgern wie auch in der gesamten Bevölkerung größere Beachtung fand. Im Gegensatz zur Gleichstellungskommission (siehe Seite 19), die sich von der Verwaltung und vom Oberbürgermeister in ihrer Arbeit blockiert sah, konnte die hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte auf die Unterstützung des neu gewählten

Oberbürgermeisters zählen und sich in Gemeinderat und Verwaltung nicht zuletzt durch ihr Amt behaupten. Die Gleichstellungsarbeit erhielt dadurch in Offenburg eine neue Qualität und Durchschlagkraft, die weder durch Initiativen noch durch ehrenamtliche Gleichstellungskommissionen zu erreichen gewesen wäre.

### Doris Schmitz-Braunstein

Frauengeschichtswerkstatt Offenburg



Gleichstellungsbeauftragte  
Gisela Danz bei der Arbeit  
Foto: Stadtarchiv Offenburg

### Quellen

Stadtanzeiger vom 28. Juni 1990: „Gemeinderat entschied sich für Frau Dr. Danz. Neue Stelle bei der Stadt“  
Offenburger Tageblatt vom 26. September 1990:  
„Nicht gleich mit dem Holzhammer kommen“  
Offenburger Tageblatt vom 10. Juni 1991:  
„Ich habe viele offene Türen angetroffen“  
Aufstellung der Initiativen und wichtigsten Aktivitäten der Gleichstellungsbeauftragten seit September 1990 vom 26. Oktober 1994  
Stadtarchiv Offenburg:  
09 / Nachlass Stammtisch für politisch interessierte Frauen

## WER, WIE, WAS ...

Offenburger Frauen sind rührig. Sie spüren Defizite und Benachteiligungen sehr genau und lassen sich was einfallen, um Abhilfe zu schaffen. Ihnen haben wir z. B. das Frauen-haus zu danken, das seit 1983 Schutz vor häuslicher Gewalt bietet. Oder die Aktionen von „Frauen für Frauen“, die Ende der 1980er-Jahre begonnen haben, Frauen und ihre Belange sichtbar zu machen und Gleichstellungsdefizite zu thematisieren. Frauen, die in Offenburg leben oder arbeiten, waren es auch, die 2002 im ersten Frauenforum den Offenburger Frauenrat wählten und den Grundstein für die „Arbeitsgruppe Stadtplanung aus Frauensicht“ legten. Ab 2001 organisierten Frauen von hier die FrauenGesundheitsTage, 2008 wurde das Frauengesundheitszentrum Offenburg verwirklicht. Ohne die Offenburgerinnen gäbe es auch keine Gleichstellungsstelle in Offenburg. Mit gekonnter Öffentlichkeitsarbeit und einer großen Unterschriftenaktion gelang es dem „Stammtisch für politisch interessierte Frauen“, diese Wunschstelle 1990 kommunalpolitisch durchzusetzen.

Seither hat unsere Stadt mit der Gleichstellungsbeauftragten eine offizielle Anlaufstelle für alle Fragen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit und Benachteiligung. Die dezidierte Koordination, Förderung und Weiterentwicklung der Initiativen und Aktivitäten aus der Bevölkerung hat den anfänglichen Frauenprojekten in Offenburg eine neue Qualität gegeben. Dabei haben sich die Arbeitsfelder selbst kaum verändert. Die Hauptthemen sind:

- „Frauen und Beruf“ mit den Stichworten Berufsorientierung, Vereinbarkeit Familie/Beruf, Alleinerziehende, Teilzeitbeschäftigung, eigenständige Existenzsicherung, Lohnungleichheit, drohende Armut
- „Frauen sichtbar machen“: öffentliche Präsenz z. B. bei der Straßenbenennung, an Gebäuden, geschichtliche Aufarbeitung, Veröffentlichung und Würdigung gesellschaftlicher Beiträge etc.
- „Gewalt gegen Frauen“ mit den Stichworten Opferschutz und kommunale Prävention, Hilfsangebote für Betroffene, Sicherheit im öffentlichen Raum, AG Platzverweis
- „Gesundheit“ mit den Stichworten gleichberechtigte Berücksichtigung spezifischer Frauenbelange in Medizin und Forschung, entsprechende Anlaufstellen, Aufklärung und Information über Brustkrebs u. a. Krankheiten, die vor allem bzw. in besonderer Weise Frauen betreffen
- „Gleichberechtigte Teilhabe“ mit den Stichworten Führungspositionen, (Kommunal-)Politik, Wirtschaft, Arbeits- und Gesellschaftsleben
- „Wirken nach innen“, Stichworte: Stadtverwaltung in allen o. g. Punkten, Weiterentwicklung des Frauenförderplans zum Chancengleichheitsplan, Beratung von Mitarbeiter/-innen und Fachbereichen in allen Gleichstellungsfragen
- „Vernetzung“ mit den Stichworten Kooperationen, Unterstützung von bürgerlichem Engagement bei den o. g. Themen, Bündelung von Initiativen
- „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ mit den Stichworten Sensibilisierung für und Information über die o. g. Themen und mediale Unterstützung von Initiativen und Aktionen

Der gesellschaftliche Wandel differenziert jedoch die Anforderungen an die Gleichstellungsarbeit (siehe dazu auch S. 44). Das macht sich nicht nur bei der jährlichen Präsenz am Internationalen Frauentag im März und im November bei der Fahnenaktion „Nein zu Gewalt an Frauen“ bemerkbar. Inzwischen verlangt effiziente Gleichstellungsarbeit hochvernetzte Strukturen und fluktuierende, aber kontinuierliche Kooperationen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens.

Nach wie vor engagieren sich in Offenburg zahlreiche Gruppierungen und Bürger/-innen für mehr Geschlechtergerechtigkeit und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern, teils unterstützt von der Gleichstellungsbeauftragten, teils von ihr getragen und initiiert. Die einzelnen Aktionen und Beiträge seit 20 Jahren und den Jahren davor sind so vielfältig, dass sie nicht vollständig erfasst werden können. Deshalb laden wir Sie in unsere Bildergalerie ein: Staunen Sie, was alles in Offenburg in puncto Gleichstellung und Unterstützung von Frauen gelaufen ist. Und freuen Sie sich, wenn Sie eine Veranstaltung oder Begegnung wiederfinden, die Ihnen viel bedeutet ...



### Leben mit Brustkrebs

**Leben**

**Wichtige Kennzahlen:**

- 100.000 Frauen erkranken jährlich an Brustkrebs
- 100.000 Frauen sterben jährlich an Brustkrebs
- 100.000 Frauen überleben Brustkrebs
- 100.000 Frauen leben mit Brustkrebs
- 100.000 Frauen sind in der 1. Phase der Behandlung
- 100.000 Frauen sind in der 2. Phase der Behandlung
- 100.000 Frauen sind in der 3. Phase der Behandlung
- 100.000 Frauen sind in der 4. Phase der Behandlung
- 100.000 Frauen sind in der 5. Phase der Behandlung
- 100.000 Frauen sind in der 6. Phase der Behandlung
- 100.000 Frauen sind in der 7. Phase der Behandlung
- 100.000 Frauen sind in der 8. Phase der Behandlung
- 100.000 Frauen sind in der 9. Phase der Behandlung
- 100.000 Frauen sind in der 10. Phase der Behandlung

**Frauen 200m**

...ein bisschen stehen gut!

**Auch die größten Unternehmen entdecken zunehmend weibliche Kompetenz. Unter 200 Vorständen ist bereits eine Frau.**

Am 19.09.2012 werden über 400.000 Frauen aus der weiblichen Bevölkerung erreicht.



Die Chancen stehen gut!

**20**

Was ist das?

**Von 0 auf 20 in nur 90 Jahren.**

Lebenserwartung der Frauen

Am 19.09.2012 werden über 400.000 Frauen aus der weiblichen Bevölkerung erreicht.



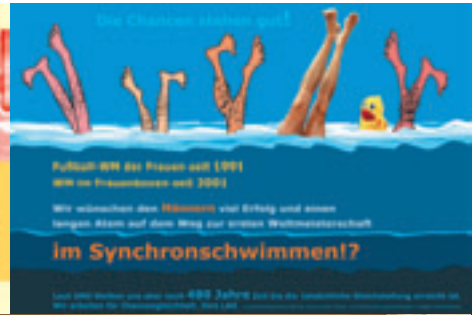
Die Chancen stehen gut!

**Elternzeit:  
Endlich!!!**

**darfen Väter und Mütter zu gleichen Teilen!**

**Bereits 5 von 100 sind Männer!?**

Am 19.09.2012 werden über 400.000 Frauen aus der weiblichen Bevölkerung erreicht.



## WIE SEHEN DIE NÄCHSTEN 20 JAHRE IN OFFENBURG KOMMUNALPOLITISCH AUS?

Gleichstellungsarbeit ist Netzwerkarbeit. Auch kommunalpolitisch braucht sie Bündnispartner/-innen, Vernetzung, dauerhafte Kooperation. Und Impulse aus der Gemeinderatsarbeit heraus, nah dran am Geschehen und an den Erfordernissen einer Stadt wie Offenburg. Wir haben die Gemeinderatsfraktionen gebeten, uns Einblick in ihre Programmatik zu geben und zu verraten, welche Schwerpunkte sie zukünftig in Sachen Gleichstellungsarbeit setzen. Natürlich lässt sich ein Thema wie dieses auf knappem Raum nicht erschöpfend darstellen. Aber die Richtung wird deutlich. Und bei Fragen geben unsere städtischen Vertreter und Vertreterinnen sicher gerne detailliertere Auskunft. Die Reihenfolge der Darstellung entspricht dem zeitlichen Eingang der Statements. Wir danken den Offenburger Fraktionen herzlich für ihre Unterstützung.

### UNSERE FRAGEN

Was sind die Leitlinien Ihrer Partei für die nächsten 20 Jahre Gleichstellungsarbeit in Offenburg? Und wie sieht ihr Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit generell und speziell in Offenburg aus?

## DIE ANTWORTEN DER GEMEINDERATSFRAKTIONEN OFFENBURG

Wir stellen uns einen kürzeren Zeitraum für die weitere Gleichstellungsarbeit vor und wünschen uns, dass sich die Aufgabenstellung der Gleichstellungsbeauftragten verbreitert, z. B. auch auf Fragen der Integration insbesondere von Frauen mit Migrationshintergrund. Wir hoffen, dass sich die Gleichstellungsarbeit nicht noch auf weitere 20 Jahre erstrecken muss, sondern ihre Ziele bis zur nächsten Gemeinderatswahl erreicht werden.

Ein nach wie vor nicht gelöstes Problem ist die familiäre Gewalt, unter der vor allem Frauen zu leiden haben. Hier wäre es dringend erforderlich, dass die Finanzierung des Frauenhauses gesichert wird, woran ich auch auf bundespolitischer Ebene arbeite. Speziell in Offenburg engagieren wir uns für das Offenburger Frauenhaus und damit für Gewaltprävention und Opferschutz. Außerdem sollten mehr Frauen in Führungsaufgaben ins Rathaus gelangen, eine Aufgabe der Personalsteuerung, die von der Gleichstellungsbeauftragten mit mehr Nachdruck verfolgt werden sollte.

**Sibylle Laurischk** Fraktionsvorsitzende

Gleichstellung ist ursprünglich das Anliegen, Frauen in Beruf und Gesellschaft gleiche Chancen zu ermöglichen wie Männern. Unsere Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat konsequent daran gearbeitet, nicht nur die Anliegen von Frauen zu thematisieren, sondern Frauen selbst in die Politik zu bringen. Und das mit gutem Erfolg. Bei der letzten Kommunalwahl kandidierten auf der grünen Liste mehr Frauen als Männer. Und sie wurden auch gewählt! Beinahe die Hälfte der Fraktion ist weiblich und seit fast 20 Jahren unter weiblicher Führung.

Die Zukunft wird den Begriff der Gleichstellung erweitern: keine Benachteiligung etwa wegen Geschlecht, Alter, Behinderung, ethnischer oder sozialer Herkunft, sexueller Orientierung. Auch hier engagieren wir uns, beispielsweise für 1-Euro-Essen in der Schulmensa (soziale Gerechtigkeit) und ein Gräberfeld für moslemische MitbürgerInnen.

Die Fragestellungen werden sich wandeln, das Anliegen bleibt: allen gesellschaftlichen Gruppen ein faires Miteinander, gute Entwicklungschancen und Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

**Angelika Wald** Fraktionsvorsitzende





Die CDU stellt mit Angela Merkel die erste Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und mit Edith Schreiner die erste Oberbürgermeisterin der Stadt Offenburg. Das sind Beispiele dafür, wie die CDU die Gleichstellung von Frau und Mann in unserer Gesellschaft verwirklicht.

Unser Ziel ist es, die immer noch bestehenden Benachteiligungen von Frauen in der Arbeitswelt, der Politik und der Gesellschaft zu beseitigen. Dabei steht die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Mittelpunkt. Wir lehnen unterschiedliche Entgelte für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit ab. Grundvoraussetzung dafür ist jedoch die Akzeptanz, dass Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen ebenso Aufgabe von Männern wie Frauen ist. Konkret für die nächsten Jahre sehen wir als Aufgabe in Offenburg:

- die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung
- und Betreuung auch zu Randzeiten bei Bedarf
- den Ausbau von Ganztagschulen und
- Tagesangeboten für pflegebedürftige Angehörige
- die Erhaltung ambulanter Dienste

Michael Hattenbach CDU-Gemeinderatsmitglied



Vor über 20 Jahren verhalf der „Stammtisch für politisch interessierte Frauen“ dem Thema Gleichstellung in Offenburg zum Durchbruch. Getragen war er u. a. von den SPD-Frauen Heidrun Bojarski, Christiane Heinze und Annegreth Weuster-Sommer. Ihre Hartnäckigkeit zahlt sich bis heute aus und führte 1990 zur ersten Gleichstellungsstelle in Offenburg.

Im politischen Alltag sind 20 Jahre ein langer Zeitraum, auf dem Weg zur Gleichstellung gerade mal eine entscheidende Stufe. In Offenburg wurde viel erreicht. Und das obwohl die Bretter in Sachen Gleichstellung oft noch etwas stabiler sind als sonst. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine wirkliche Gleichstellung noch sehr unvollständig ist.

Ich wünsche mir mehr mutigere und auch größere Schritte in den kommenden 20 Jahren. Die SPD Offenburg möchte dabei wie in den letzten Jahrzehnten nicht nur Ansprechpartner, sondern auch aktiver Unterstützer bleiben. Danke an Regina Geppert und viele andere ehrenamtlich Engagierte für die kontinuierliche und hartnäckige Arbeit.

Jochen Ficht Fraktionsvorsitzender

Ausgangspunkt von Artikel 3 des Grundgesetzes ist die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Daraus wird jeder Gleichberechtigungsansatz entwickelt.

Offenburg kann stolz darauf sein, dass Chancengleichheit hier – vor allem im politischen Umfeld und in der Verwaltung – kein Fremdwort mehr ist. 20 Jahre Gleichstellungsarbeit haben die Weichen richtig gestellt und beachtliche Erfolge erzielt. Dazu kann man der Verwaltung und dem Gemeinderat, vor allem aber auch den Gleichstellungsbeauftragten selbst sehr herzlich gratulieren. Die Arbeit war nicht immer so leicht, wie sich heute das fast selbstverständlich gewordene Ergebnis liest.

Für die nächsten 20 Jahre wünschen wir uns in der Stadtverwaltung und den städtischen Verbundunternehmen die baldige Entwicklung und Umsetzung eines „Chancengleichheitsplanes“ – mit den gleichwertigen Schwerpunkten „Frauenförderung“ (wo Gleichberechtigung noch nicht erreicht wurde) und „Herstellung/Sicherung gleicher Chancen für Frauen und Männer“ als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung.



Angi Morstadt Freie Wähler Offenburg

## ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

### Einwohnerstatistik der Stadt Offenburg in Zehnerschritten\*

Jahr	Einwohner	weiblich	männlich
1990	52 964	27 913	25 051
2000	57 455	29 720	27 735
2009	59 156	30 398	28 758

\* ... nicht ganz, aber fast in Zehnerschritten. Wir beziehen uns hier auf die Daten des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg, weil die Genderunterscheidung aus den Daten der Stadt Offenburg erst ab 1995 verfügbar ist ([www.statistik.baden-wuerttemberg.de](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de))

## VON NEUEN ANSÄTZEN IN DER GESCHLECHTERDEBATTE oder der Notwendigkeit einer Gleichstellungsstelle

In welchen Bereichen kann heute die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern festgestellt werden und in welchen noch nicht? Damit ist die Frage verbunden, welche Aufgaben und Ziele Gleichstellungsarbeit sich setzen soll. Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der Gleichstellungsstelle in Offenburg werde ich im Folgenden einen kurzen Abriss über den wissenschaftlichen Stand der Geschlechterforschung geben und die politische Umsetzung dieser Inhalte betrachten. Hierfür werden die Chancen und Schwierigkeiten von „Gender Mainstreaming“ als politischem Konzept dargestellt und gangbare Wege aufgezeigt, wie Geschlechter- und Gleichstellungspolitiken konstruktiv in die Gesellschaft integriert werden können und welche Bedeutung dabei den Gleichstellungsstellen zukommt.

Die Frage, ob und wie lange eine Gleichstellungsstelle benötigt wird, impliziert, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Verständnis als einmalige und abschließbare Einrichtung wahrgenommen wird. Parallel zu dieser Wahrnehmung besteht aufgrund real fortbestehender Ungleichheiten eine gewisse Resignation von Seiten derer, die gegen die Diskriminierung von Frauen angehen. Außerhalb dieses spezialisierten Kreises wirkt die Frage nach sozialer Ungleichheit heute oft geradezu anstößig (Krais 1996). Auf der politischen Ebene hingegen ist „Gender im Mainstream“, soll die unterschiedliche geschlechtliche Realität von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen berücksichtigt werden. Entsprechend sind Berichte über ungleiche Behandlung zwar durchaus Mainstream und präsent in den Medien (z. B. die Forderung nach gleicher Bezahlung; vgl. tagesschau.de 2009). Die eigentliche Nachricht aber, die eine Auseinandersetzung unserer Gesellschaft mit Geschlechterrollen fordert, wird öffentlich meist distanziert zur Kenntnis genommen. Diese Auseinandersetzung lohnt sich aber auf jeden Fall.

### Neuer Blickwinkel – neue Aufgaben

In der Frauenbewegung der 70er- und 80er-Jahre machten Frauen hierzulande verstärkt auf ihre Situation aufmerksam und forderten die gleichen Rechte und Lebenschancen wie die von Männern ein. Dieser Ansatz wurde verbunden mit einer Kritik der patriarchalen Verhältnisse überhaupt. Die Forderungen sind zu großen Teilen auch in der heutigen Geschlechterdebatte noch aktuell, allerdings wird nicht mehr eindeutig zwischen Themen und Problemen unterschieden, die nur Frauen, und Themen, die nur Männer betreffen. Vielmehr geht es jetzt um das Verstehen, welche Bedeutung die Kategorien „Geschlecht“, „Frau/Mann“ haben und wie sie wirken. Unser Leben ist stark von diesen Kategorien geprägt. JedeR von uns kann auf Anhieb eine Reihe von Eigenschaften aufzählen, die als typisch männlich und typisch weiblich gelten. So sollen Frauen etwa freundlich, warmherzig, fürsorglich, sozial, fleißig, hübsch, zurückhaltend, Männer hingegen kühn, kräftig, klug, verantwortungsbewusst, hemdsärmelig, pragmatisch sein. Vielleicht sagen Sie an dieser Stelle, „Nein, ich bin ganz anders, für mich gilt das nicht“, aber sicher fallen Ihnen viele Situationen ein, in denen Sie sich, vielleicht auch unterbewusst, rollenkonform verhalten und sich dieses Verhalten gut anfühlt.

Dieses Verhalten fühlt sich gut an, weil es gesellschaftlich anerkannt oder zumindest nicht negativ sanktioniert wird. Daraus resultiert das Bemühen, sich angepasst zu verhalten, die stillen Erwartungen zu erfüllen, wobei die dafür nötige Mühe oft nicht mehr spürbar ist. Wir erlernen von klein auf rollenkonformes Verhalten, und das macht es sehr schwierig, Geschlechterstereotype aufzubrechen.

Halten wir also fest, dass die Kategorie „Geschlecht“ mit all ihren Implikationen ein sehr dominantes, restriktiv genormtes Konzept ist, das für Menschen, die nicht in das vorgegebene Schema passen oder passen wollen, als Einschränkung und Einengung verstanden werden kann. Der Rollenzwang trifft Mann und Frau gleichermaßen, insbesondere aber auch Menschen, die sich keinem der beiden Geschlechter zugehörig fühlen (Butler 2001). Eine aktuelle Aufgabe einer Gleichstellungsstelle wäre demnach, die Menschen zu unterstützen, die sich durch Geschlechterstereotype eingengt und diskriminiert fühlen. Und konkret dazu beizutragen, Wahlfreiheiten zu entwickeln und Lebensräume, die freie Entscheidungen und authentisches Verhalten begünstigen. Pragmatismus wäre dann nicht mehr „unweiblich“ und Fürsorglichkeit eine allgemeinemenschliche Eigenschaft, die nicht vom Geschlecht abhängt. In den Bereichen Sexualität, Ehe und Partnerschaft wirkt sich die Problematik der Stereotypen

## ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

### Kinder- und familienfreundliches Offenburg – eine Erfolgsgeschichte

Die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder am Wohnort stehen eng im Zusammenhang mit dem Fortschreiten der Gleichstellung von Frau und Mann. Denn nur wo es dafür Angebote und eine Garantie gibt, können Frauen ihr Erwerbsleben selbst bestimmen. Die Stadt Offenburg hat in den letzten 20 Jahren hierfür sehr viel getan.

#### SITUATION 1989

Im Frühjahr 1989 standen 1720 Betreuungsplätze (belegt: 1652), 50 Hort- und 40 Ganztagesplätze zur Verfügung. Es wurden nur Kinder ab drei Jahren betreut. In einem städtischen Kindergarten lief der Modellversuch „Bedarfsgerechte Öffnungszeiten“ – als evtl. Alternative zur Regelbetreuung bzw. Ganztagsunterbringung. Die angebotene Verlängerung von 7.50 bis 8 und 11.30 bis 12.15 Uhr war unter den Mitarbeiterinnen heiß umstritten.

#### SITUATION 2010

Im Juni 2010 sieht das schon anders aus. Insgesamt sind 2488 Plätze belegt, 405 davon im Hort. Auch die Angebotspalette ist deutlich breiter und bietet verschiedene Möglichkeiten:

- Kinderbetreuung unter einem Jahr ermöglicht der „Tagesmütterverein Offenburg“
- Für Kinder zwischen eins und zwei: ca. 80 Plätze in kommunalen und konfessionellen Einrichtungen & bedarfsorientiertes Angebot des Vereins „Eltern-Kind-Zentrum Offenburg“
- Für Kinder ab zwei Jahren erfüllt die Stadt Offenburg schon jetzt den Rechtsanspruch
- Für Kinder ab drei Jahren gibt es ein vielfältiges, zeitlich differenziertes Angebot in unterschiedlichen Betreuungs- und Trägerstrukturen
- Im „i-Punkt Kinderbetreuung in Offenburg“ im BürgerBüro werden Eltern umfassend und trägerübergreifend über alle Angebote informiert

Mit der Einführung von Ganztagschulen wird 2010 zugleich ein neues Kapitel aufgeschlagen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Frauen erheblich leichter als vor 20 Jahren. Wenn jetzt noch die Arbeitgeberseite ihren Beitrag leistet mit flexibler Arbeitszeit und Unterstützungsangeboten, ist Arbeit und Familie für Frauen und Männer zu vereinbaren – ein wichtiger, ein gebotener Schritt auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit!

weiter aus. Auch hier liegt es im Aufgabenbereich einer modernen Gleichstellungsarbeit, Menschen Handlungsspielräume zu eröffnen, damit sie in Freiheit und absoluter Rechtsgleichheit ihre Entscheidung treffen können.

Die Bandbreite der Aufgaben und Anforderungen einer Gleichstellungsstelle wird weiterhin deutlich, wenn wir Phänomene gesellschaftlichen Wandels wie Arbeit oder Migration betrachten. Das Spektrum reicht von Frauen, die im globalen Süden für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen und auf unsere Unterstützung als Institution oder KonsumentInnen angewiesen sind, bis zu MigrantInnen, die hier aufgrund ihrer Ethnie oder ihres Geschlecht aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind und Unterstützung brauchen.

Zum einen sehen wir hier die vielfältigen Bereiche, die von der Arbeit einer Gleichstellungsstelle profitieren. Zum anderen wird deutlich, dass die Kategorie „Geschlecht“ keine jeweils homogene Gruppe „Frauen“ oder „Männer“ (mehr) betrifft. „Geschlecht“ kann allgemein betrachtet völlig Verschiedenes bedeuten – beispielsweise für zwei Personen desselben Geschlechts, die aber unterschiedliche Körper, verschiedene sexuelle Präferenzen, eine unterschiedliche nationale Herkunft und verschiedene Bildungsgrade haben. Was sich allerdings durch die Unterschiede durch-

zieht, sind die impliziten Normen, wie Männer und Frauen zu sein haben.

### Gender Mainstreaming hat Potenzial

Die Arbeit von Gleichstellungsbeauftragten hat also unterschiedlichste Anforderungen: Sie soll Menschen darin unterstützen, sich von Geschlechternormen zu befreien, wenn sie sich durch diese eingeengt fühlen. Zugleich wird diese Aufgabe je nach sozialem Kontext der jeweiligen Person sehr verschiedene Strategien verlangen. Durch die Vielfältigkeit der Anforderungen wird nicht nur der Anspruch nach innen größer, diese Aufgaben zu bewältigen, sondern auch die politische Thematisierung und Mobilisierung nach außen schwieriger. (Meuser 2004)

Die Akteurinnen der Frauenbewegung in den 1970er-Jahren hatten ein klares Ziel vor Augen: den Abbau der männlichen Dominanz. Die heute angewendete Strategie „Gender Mainstreaming“ hingegen setzt allgemeiner an: Die Wahrnehmung von Geschlechterdifferenzen soll auf allen Ebenen geschärft werden, weil es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Im wirtschaftlichen Sektor kann das etwa bedeuten, Männer von der Last der Hauptverantwortung für das Familienaufkommen zu befreien und ihnen mehr Zeit für ihre Kinder zu ermöglichen. Oder Frauen den Aufstieg in

Führungspositionen zu erleichtern. Das große Potenzial von Gender Mainstreaming liegt darin, dass alle Menschen angesprochen werden. Das heißt allerdings nicht, dass Gleichstellungsstellen, die bisher spezifisch Frauenthemen oder Frauenförderung umgesetzt haben, zu ersetzen oder aufzulösen wären.

Im Gegenteil, der Ausbau dieser Stellen ist aus zwei Gründen notwendig: Erstens ist die Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts trotz erheblicher Fortschritte in den vergangenen Jahren immer noch ein gesellschaftliches Problem. Zudem bestätigen die betreffenden Stellen, dass dort, wo bereits Frauenpolitik betrieben wird, die Forderungen und Ziele von Gender Mainstreaming leichter umsetzbar sind (Färber 2005).

Gender Mainstreaming kann allerdings nur erfolgreich sein, wenn dieser Blick auf die Welt in allen gesellschaftlichen Bereiche etabliert wird und Frauen und Männer sich gleichberechtigt bei der Umsetzung beteiligen. Bisher beschäftigen sich auf dem wissenschaftlichen Feld ebenso wie auf dem politischen noch immer überwiegend Frauen mit der Geschlechterthematik. Hinzu kommt, dass unser Denken selbst sowie alle Begriffe und Kategorien, die wir anwenden, selbst durch das Geschlecht bzw. die Geschlechtlichkeit strukturiert sind (Bourdieu 1997). Als Forscherin oder Forscher,

aber auch als PolitikerIn, ist es deshalb nötig, die eigene Betroffenheit zu reflektieren.

Kritische Stimmen wenden berechtigt ein (Walter 2004), dass sich beim Konzept „Gender Mainstreaming“ lediglich die Bezeichnung geändert, jedoch keine inhaltliche Erweiterung der Thematik stattgefunden hat. Demnach ist, wenn „Gender“ gesagt wird, eigentlich „Frau“ gemeint. Dabei wird implizit nach einem „weiblichen Maßstab bewertet und die ursprüngliche Intention der Auflösung oder Dekonstruktion von Geschlechternormen bleibt unberücksichtigt. Ein Überdenken, eine Auseinandersetzung oder eine Reflektion der gesellschaftlichen Männerrolle oder -stereotypen fehlt oft gänzlich. Themen wie häusliche Gewalt implizieren vollständig die Täterrolle des Mannes oder die Opferrolle der Frau und schließt die Gewalt an Männern und Jungen aus der gesellschaftlichen Diskussion aus. Deshalb ist es wichtig, dass in der Auseinandersetzung und der Arbeit von Gender Mainstreaming berücksichtigt wird, welcher Teil einer Gender-Realität abgebildet wird und welcher nicht (Walter 2004).

### Zuschreibungen hinterfragen

Aus soziologischer Sicht wird die soziale Wirklichkeit von Menschen hergestellt. Bei dieser Konstruktion der Welt wirkt „Geschlecht“ kon-

stitutiv. Natürlich würden wir uns alle gerne der Illusion hingeben, dass Geschlechtergerechtigkeit nichts mehr ist, wofür man sich einzusetzen braucht. Dadurch aber, dass wir die Welt, wie sie sich uns darstellt, von Kind auf in einer spezifischen Weise erlernen und erfahren, neigen wir dazu, sie einfach als solche hinzunehmen. Erst bei genauerem Hinsehen, oder beim genaueren Nachdenken über uns selbst, fallen uns Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten auf, die wir zunächst nicht bemerken, weil unser Handeln automatisch geschlechtsspezifisch verläuft. Dies gilt es zu bedenken, wenn es um die politische Implementierung von Gender Mainstreaming geht.

Weder private noch öffentliche Räume sind geschlechtsneutral, selbst wenn sie einen anderen Anschein machen. Gut zu erkennen ist das bei großen Teilen von Wirtschaft und Arbeitsleben. Sie sind eher an einem „männlich“ etikettierten Lebenskonzept orientiert. Wenn wir untersuchen, warum verhältnismäßig wenige Frauen Führungspositionen übernehmen, stoßen wir auf eine Barriere, die „gläsernen Decke“ genannt wird. Sie ist erst mal nicht sichtbar und trotzdem nicht durchlässig. Diese Barriere steht für die nach tradierten Vorstellungen „männlich“ geprägte Struktur von Unternehmen und Organisationen. Sie ist als Struktur selbst wie auch den in ihr agierenden Menschen eingeschrieben. Bei Einstellungen

führt sie tendenziell dazu, dass selbst die Frauen außen vor bleiben, die bereits die Geschlechternorm der Priorität von Karriere überwunden haben (Meuser 2005).

Sie sehen, es sind viele Ebenen einzubeziehen, wenn Geschlechtergerechtigkeit umgesetzt werden soll. Verdeckte Mechanismen müssen offen gelegt werden, um zu erkennen, welche Kräfte auf welche Weise wirken und wo sie Ungleichheit herstellen. Die Einsicht in die Komplexität sozialer Ungleichheit soll einen „blinden Aktionismus“ verhindern, der die Gefahr birgt, durch unreflektierte oder unkritische Verwendung der Kategorien die Ungleichheit möglicherweise noch zu verstärken, indem Geschlechterstereotype erneut hergestellt und verfestigt werden (Klann-Delius 2005). Natürlich greifen wir in der Analyse und im praktischen politischen Handeln auf die Kategorie „Frau/Mann“ zurück. Es kann auch nicht darum gehen, diese Kategorien zugunsten einer „sauberen“ theoretischen Positionierung zu negieren. Vielmehr ist es an der Zeit, die expliziten und impliziten Zuschreibungen dieser Kategorien nicht mehr unhinterfragt als selbstverständlich hinzunehmen. In der politischen Praxis entsteht dadurch das Problem, dass wir Ungleichheiten, die Menschen aufgrund ihres Geschlechts betreffen, aufzeigen müssen, und gleichzeitig darum bemüht sind, sie aufzulösen.

## ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

### Frauenanteil in der Stadtverwaltung Offenburg

Beschäftigte gesamt \*

1999	711 Beschäftigte	466 Frauen	65,5 %
2009	737 Beschäftigte	496 Frauen	67 %

\* ohne TBO und geringfügig Beschäftigte

### Frauenanteil nach Dienstgrad

Dienstgrad	1999	2009
einfacher und mittlerer Dienst	85 %	76 %
gehobener Dienst	45 %	53 %
höherer Dienst	3,2 %	20 %

Was diese Zahlen nicht verraten: Der Anteil von Teilzeitbeschäftigungen ist innerhalb dieser 10 Jahre erheblich gestiegen, bei Frauen auf 355 (zuvor 275), bei Männern auf 67 (zuvor 47). Es stimmt: Deutschland schließt langsam auf, was den Beschäftigungsanteil und das Arbeitsvolumen von Frauen betrifft. Allerdings ist das beim Einkommensvolumen nicht so. Das Modell des Zuverdienstes und der nicht eigenständigen Existenzsicherung trifft auch in Offenburg noch für viele Frauen zu. Gründe gibt es dafür viele: Haushalt, Soziales und die Verantwortung für Kinder und Pflegebedürftige tragen zu einem großen Teil nach wie vor Frauen, wenn sie nicht sogar als Alleinerziehende alles alleine bestreiten. Dieser Befund ist jedoch problematisch: Frauen, die auf Arbeitszeit und volles Einkommen verzichten, laufen Gefahr, bei Trennungen oder im Alter in die Armutsfalle zu geraten.

### „Entselbstverständlichung“ als Weg

Wie können Räume gestaltet werden, in denen Geschlecht keine Kategorie mehr ist, die Ungleichheit schafft? – Darüber nachzudenken und Maßnahmen zu entwickeln, wird zukünftig eine der wichtigsten Aufgaben einer oder eines Gleichstellungsbeauftragten sein. Im Fall der bereits beschriebenen Arbeitswelt könnte die Lösung in einer radikalen Umstrukturierung liegen. Das Gefüge von Abläufen muss so funktionieren, dass sich etwa die Frage nach der Vereinbarung von Beruf und Familie gar nicht mehr stellt.

Das mag utopisch klingen, nicht umsetzbar, und die enorme Trägheit sozialer Veränderungsprozesse scheint diese Annahme zu stützen. Allerdings ist es meiner Auffassung nach wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass diese Strukturen eben nicht naturgegeben sind, sondern von Menschen konstruiert und daher gestaltbar und vor allem umgestaltbar. Deshalb möchte ich eine Vorgehensweise vorstellen, die der Gleichstellungsarbeit praktikable Gestaltungsmöglichkeiten erschließt. „Entselbstverständlichung“ und „Verunsicherung“ (Degele 2005) sind dabei zentrale Schlagworte. Entselbstverständlichung der Kategorie „Geschlecht“ und von Geschlechterverhältnissen, Verunsicherung als Ausgangspunkt für die Erweiterung von Handlungs- und Denkooptionen, jenseits der

etablierten gesellschaftlichen Realität – das bedeutet Dekonstruktivismus, die Umgestaltung der einst konstruierten Geschlechternormen, und ihr Einzug in die politische Praxis.

Das Bestreben, Geschlechtergleichheit herzustellen, erfordert eine möglichst unvoreingenommene Herangehensweise. Dazu gehört auch, dass Entscheidungsprozesse z. B. in einer Organisation hinterfragt und festgelegte Maßstäbe aufgedeckt werden („Das haben wir schon immer so gemacht!“), die Neuerungen behindern. Am wichtigsten für einen Veränderungsprozess hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit ist aber die fundierte, wissenschaftliche Vorarbeit und eine strukturierte Umsetzung von Genderanalysen, die von Fachpersonal begleitet und kontrolliert wird (Stiegler 2005). Dabei sind die folgenden Schritte zu beachten:

- 1.) Die Bearbeitung der Frage, „welche Ungleichheiten gibt es, wie und durch was werden diese hergestellt?“.
- 2.) Das erhobene Datenmaterial geschlechtersensibel auswerten.
- 3.) Aus den Resultaten unter demokratischer Beteiligung Gleichstellungsziele festlegen und die von allen Beteiligten getragene Realisierung planen.
- 4.) Nach Zwischenergebnissen und Korrekturen eine Gesamtevaluation durchführen, die dokumentiert und schließlich veröffentlicht wird (Schwerma und von Marschall 2004).

Auch wenn Sie keiner Organisation angehören, sind einzelne Elemente des Dargestellten evtl. auch für Sie persönlich anregend, um sich neu mit der Thematik „Geschlecht“ und Gleichstellung auseinanderzusetzen. Beim Verfassen dieses Artikels war das mein generelles Anliegen. Er soll Inspiration und neue Ansätze bieten und Lust wecken, genau hinzusehen und sich weiterhin – oder wieder neu – oder ganz neu und innovativ der Geschlechterthematik zuzuwenden.

Und nicht zuletzt ist mein Anspruch, eine argumentative Überzeugungsleistung zu erbringen, die an Ihr Engagement appelliert, sollte es einmal um die Frage gehen, ob eine Gleichstellungsstelle benötigt wird und warum es sinnvoll ist, dass sich die Gesellschaft, dass sich die Stadt Offenburg eine solche Stelle leistet.

**Anna Gütler**

Studentin der Soziologie, Gender Studies  
und Wirtschaftspolitik

Literaturangaben siehe S. 53

## Literaturangaben

### Von neuen Ansätzen in der Geschlechterdebatte, S. 44

Bourdieu, Pierre (1997): Eine sanfte Gewalt. Pierre Bourdieu im Gespräch mit Irene Dölling und Margareta Steinrück. In: Irene Dölling/Beate Kraus (Hrsg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 219–231.

Butler, Judith (2001): Jemandem gerecht werden. Geschlechtsangleichung und Allegorien der Transsexualität. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften (Jg 43, Heft 4/5), Bd. 242 (Geburt des Biokapitalismus): S. 671–684.

Degele, Nina (2005): Anpassen oder unterminieren? Zum Verhältnis von gender mainstreaming und gender studies. In: Dorothea Lüdke/Anita Runge/Mechthild Koreuber (Hrsg.): Kompetenz und/oder Zuständigkeit. Zum Verhältnis von Geschlechtertheorie und Gleichstellungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 81–98.

Färber, Christine (2005): Die Einführung von Gender Mainstreaming im Spannungsfeld von Gleichheit und Differenz. In: Annette Henninger (Hrsg.): Die politische Steuerung des Geschlechterregimes. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Klann-Delius, Gisela (2005): Zum Verhältnis von Geschlechtertheorie und Geschlechterpolitik. In: Dorothea Lüdke/Anita Runge/Mechthild Koreuber (Hrsg.): Kompetenz und/oder Zuständigkeit. Zum Verhältnis von Geschlechtertheorie und Gleichstellungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69–80.

Kraus, Beate (1996): Bildungsexpansion und soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Axel Bolder (Hrsg.): Die Wiederentdeckung der Ungleichheit. Aktuelle Tendenzen in Bildung für Arbeit. Opladen: Leske + Budrich, S. 118–146.

Meuser, Michael (2004): Gender mainstreaming: Festschreibung oder Auflösung der Geschlechterdifferenz? Zum Verhältnis von Geschlechterforschung und Geschlechterpolitik. In: Michael Meuser/Claudia Neusüß (Hrsg.): Gender mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 322–336.

Meuser, Michael (2005): Organisationsveränderung durch Geschlechterpolitik? In: Dorothea Lüdke/Anita Runge/Mechthild Koreuber (Hrsg.): Kompetenz und/oder Zuständigkeit. Zum Verhältnis von Geschlechtertheorie und Gleichstellungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 147–162.

Schwerma, Klaus/Andrea von Marschall (2004): Vom Mauerblümchen zum Straßenfeger? Geschlechtliche Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in Organisationen und Unternehmen. In: Bettina Boekle (Hrsg.): Eine Frage des

Geschlechts. Ein Gender-Reader. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Stiegler, Barbara (2005): Chancen und Risiken von gender mainstreaming. In: Dorothea Lüdke (Hrsg.): Kompetenz und/oder Zuständigkeit. Zum Verhältnis von Geschlechtertheorie und Gleichstellungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

tagesschau.de (2009): Gleiche Bezahlung bleibt in Deutschland Illusion. ARD, im Internet unter [www.tagesschau.de/wirtschaft/verdienst100.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/verdienst100.html)

Walter, Willi (2004): Genderforschung gleich Frauenforschung? Verschwinden des Geschlechts oder neue Erkenntnisdimensionen. Probleme bei gender mainstreaming. In: Bettina Boekle (Hrsg.): Eine Frage des Geschlechts. Ein Gender-Reader. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

## Literatur und Quellen

### „Wie eine Schnecke auf Glatteis“, S. 13 – 16

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): 20 Jahre Bundesfrauenministerium. Rollen erweitern – Perspektiven gewinnen – Gleichstellung verwirklichen, Berlin 2007

Informationen zur politischen Bildung 254: Frauen in Deutschland. Auf dem Weg zur Gleichstellung, 1997

Ruth Jansen-Degott: Die Mütter des Grundgesetzes. Vortrag in der Reihe Stammtisch für historisch interessierte Frauen im Ritterhaus in Offenburg, 26. September 2003

Rosemarie Nave-Herz: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, Bonn 1997

Bundeszentrale für politische Bildung – Aufsätze von der Homepage, Stand 21. Juni 2010: [www.bpb.de/themen/KYOE75,0,0,Frauenbewegung.html](http://www.bpb.de/themen/KYOE75,0,0,Frauenbewegung.html) – Elke Schüller: Frauen und Männer sind gleichberechtigt; Susanne Hertrampf: Ein Tomatenwurf und seine Folgen; Kristina Schulz: „Ohne Frauen keine Revolution; Melanie Stilz: Ungleiche Schwestern – Frauenbewegung seit 1989

## Stadtarchiv Offenburg

Zeitgeschichtliche Sammlung:  
124-3 Gleichstellungsbeauftragte

Bestand 07: 10.24.03.32: Gleichstellung

Bestand 09: Nachlass Stammtisch  
für politisch interessierte Frauen

Gespräch mit Heidrun Bojarski und Annegreth Weuster-Sommer, 8. Juli 2010 im Ritterhaus

